

96 / 2

HOCHSCHULPOLITISCHE  
INFORMATIONEN  
DER BUNDESKONFERENZ

# BUKO

BUNDESKONFERENZ  
DES WISSENSCHAFTLICHEN  
UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS  
DER ÖSTERREICHISCHEN  
UNIVERSITÄTEN UND  
KUNSTHOCHSCHULEN



was wird verhandelt und  
wer zieht wen über den Tisch?

# Impressum

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller:

Bundeskonzferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals,  
Lichtensteinstraße 22a, 1090 Wien, Tel.: 0222/3199 315-0, Telefax: 31 99 317, [e-mail: bundeskonzferenz@bukol.bukonf.ac.at](mailto:bundeskonzferenz@bukol.bukonf.ac.at)

Vorsitzender: Dr. Kurt Grünwald  
Redaktion: Dr. Kurt Grünwald, Mag. Margit Sturm  
Graf. Gestaltung / Layout: Mag. Michael Herbst, Beate Milkovits  
Druckerei: Schreier & Braune, Aegidigasse 4, 1070 Wien

Hinweis:

Das nächste BUKO-Info erscheint im September, Redaktionsschluß für Artikel und Leserbriefe ist der 4. September 1996.

## Inhalt

Seite	3	Zahlen, Fakten, Mythen und Gefühle
Seite	6	Dienst- und Besoldungsrechtsverhandlungen
Seite	10	VertragsassistentInnendienstrecht - Letzte Auflage?
Seite	11	Lehrauftragskontingente
Seite	12	EU-Projekte - erste Zwischenbilanz
Seite	14	Trotzdem! Zur Lage an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst
Seite	15	Stell Dir vor es ist Protest und alle gehen hin!
Seite	21	Ein Profil zwischen vogelfreier Verschubmasse und Kleinhonoratioren
Seite	24	Der Standpunkt des Österreichischen Lektorenverbandes
Seite	25	Chancen und Problemfelder theologischer Karrieren
Seite	27	Eine unglaubliche Veranstaltung

## Bildnachweis

Titelbild: Mag. Michael Herbst

# Zahlen, Fakten, Mythen und Gefühl

Welchen Gesetzen unterliegen Gesetze ?

Kurt Grünewald

Politik der Gefühle oder das Spiel von „Bürger, Bauer, Bettelmann“:

Das harte Einfordern von Treue und Gehorsam und der verbissene Appell an Pflichterfüllung und Opferbereitschaft begleiten die Geschichte der Menschheit seit Jahrtausenden und sind in ihrer regelmäßigen Wiederkehr Abbild einer bestimmten Beziehung zwischen Bürgern und Obrigkeit. Was in totalitären Systemen Alltag ist, sollte aber in einer parlamentarischen Demokratie Rarität und besonderen Notsituationen vorbehalten sein.

Wenn Politiker von den Universitäten Stillhalten und Verständnis gegenüber den verordneten Sparmaßnahmen erwarten, so darf die Interpretation erlaubt sein, daß die wirtschaftlichen Zeichen auf Sturm stehen und daher von einer gewissen Krise gesprochen werden kann.

Die Erlaubnis dazu wurde uns nicht erteilt, denn nach Ansicht mancher Mächtiger ist lediglich die Politik legitimiert, sich selbst zu erläutern, und nur sie definiert die ihr genehme Wortwahl. Man hüte sich daher, von Krise zu sprechen, von schlampig, unangebrachter Hast oder gar den Gedanken des Unrechtes in den Mund zu nehmen. Das alles wird zum Akt nahezu anarchistischer Unhöflichkeit, wenn doch Sanierung, Konsolidierung und der allgemeine Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen alles viel hübscher und vermeintlich auch wissenschaftlicher wiedergibt, was an Sparmaßnahmen verordnet wurde.

Reaktionen der duldsamen Ausgewogenheit scheinen selbst in jenen Situationen eingefordert zu werden, in denen manche politische Reaktion vermittelt, man müsse bereits morgen den Einfall der Hunnen in Österreich befürchten.

In fast allen Gesprächen wird man unangenehm daran erinnert, wie brav, ergeben und eingeschränkt die Reak-

tionsmuster der Universitäten sein müßten, um nicht gleich Irritation bei jenen hervorzurufen, die aus der Position politischer Mandatare das Recht auf Sensibilität vorwiegend für sich beanspruchen.

Besonders deutlich wurde dies am „Universitätengipfel“ spürbar. Hier galt es erst zu vermitteln, daß naturgemäß zumindest zwei unterschiedliche Qualitäten der Betroffenheit und Sensibilität anzuerkennen sind: die Empfindsamkeit jener, die Gesetze beschließen einerseits und jener, die diese Gesetze treffen, die ihre Auswirkungen erahnen und ihre Folgen spüren andererseits. Dies ist teilweise gelungen und weitere Gespräche sollen folgen.

Beträchtliche Störungen des Gesprächsklimas konnten in der Verhandlungsrunde nur von den größten Euphemisten, nur von geübten Verdrängern und jenen geleugnet werden, die es verlernt haben, genau und tiefer hinzuschauen.

Von dem gepriesenen Kontakt zur Basis war auf dem Exerzierfeld der „Klassen“ jedenfalls wenig zu spüren. Angesichts des während der Verhandlungen vielfach geäußerten und erst allmählich eingelösten Wunsches nach harten Daten und Fakten und der damit verbundenen Dringlichkeit einer „nüchternen“ Sachdiskussion mag dies jetzt Einigen als unnötige „Psychologisierung“ erscheinen.

Der Umgang miteinander, der Abbau von Dünkel, Arroganz, übertriebener Wehleidigkeit und undifferenzierten Rundumschlägen ist allerdings wesentliche Voraussetzung dafür, Mißtrauen zu dämpfen und Vertrauen wieder aufzubauen. Ein weiteres Beharren in festementierten Fronten ließe nichts Gutes erhoffen.

Es sollte der Regierung daher nicht blanker Sadismus unterstellt werden, der die Feder zu diesen Gesetzen führte und einigen Politikern wie Beamten wird man zugestehen, daß manches,

was uns jetzt trifft, auch nicht leichten Herzens verordnet wurde.

Uns aber darf die bange Vermutung gestattet sein, daß die „reine Vernunft“ des Sparens auf ihrem Weg in die immerkonkreter werdende Detailplanung fachspezifischer Eigenheiten zu einer vermeintlichen, zu einer etwas oberflächlichen, nicht näher hinterfragbaren Vernunft mutierte.

Es mag das unbewußte Erkennen dieser Mängel gewesen sein, das so rasch die Verteidigung und das beinahe trotzig Festhalten an auffallend starren Positionen hervorrief und Gegenreaktionen der Universitäten provozierte.

Die hartnäckige Verweigerung inhaltlicher Diskussionen führte bald zu einem Ohnmachtsgefühl gegenüber einer großkoalitionär abgeseigneten Nibelungentreue zum Unverrückbaren. In einem Stadium, in dem eigene Gedanken bereits als störender Widerstand geortet werden und das Eigenschaftswort martialisch strapaziert wird, wo man unschuldig glaubt sich höflicher, ja beinahe höfischer Umgangsformen zu bedienen, wird der viel geschmähte Aktionismus schon einmal zum Instrument der Notwehr. Man wird zugegebenerweise über manchen Protest wie über Geschmäcker streiten können. Nur das allein bringt uns keinen Schritt nach vorne.

Viel bedenklicher als eine Ästhetikdiskussion über Demonstrationen erscheinen mir jedoch die Zeichen einer zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Universität und in ersten, wenn auch kleineren Ansätzen zwischen Kurien, Fachrichtungen und ihren diversen Standorten. Differenzen zwischen Universitäten und ihren Angehörigen können allerdings mit Vernunft, Geschick, Energie und am besten wohl durch Anstand und Solidarität überwunden werden. Der sinnhafte Glaube, daß das BMWVK Verbündeter der Universitäten und Hochschulen

## Kommentar

ist und der Glaube daran, daß auch wir vom BMWVK als Verbündete im „Kampf“ (die Gänsefüßchen mildern diese martialische Ausdrucksform und deren mögliche Auswirkung auf sensible Leser beträchtlich) um die Anliegen und Aufgaben der Universitäten gesehen werden, bedarf allerdings dringlich neuer Nahrung.

Dies sollte geschehen, bevor aus bloßer Wehleidigkeit Verletzungen und Kränkungen werden, deren Wunden die nähere Zukunft nicht heilen wird können.

Zur notwendigen Verbesserung des Verhandlungsklimas gehört daher ein Mindestmaß an Respekt vor dem Gegenüber, auch wenn hier Differenzierungen erlaubt sein müssen. Dem vermeintlichen Gegner immer nur „mit dem Hintern ins Gesicht zu springen“ sollten, wenn schon nicht von den Erfordernissen einer beträchtlichen physischen Kondition beschränkt, so doch zumindest in Abwehr der Gefahr ermüdender Monotonie, engere Grenzen gesetzt sein. Wenn aber andererseits der Wunsch nach ruhigem Denken, die Suche und auch die Besinnung auf Ziele und Aufgaben der Universitäten zwar als notwendig anerkannt und gelobt, im nächsten Atemzug jedoch als unlautere Verzögerungstaktik denunziert wird, dann läuft einiges falsch, ja miserabel.

Es kann nicht Ziel der Analyse eines Verhandlungsklimas sein, hier einen Kampf der Mächte der Finsternis gegen die des Lichtes zu beschwören, zumal ohnehin jede Partei und Kurie die Sonne der Erleuchtung für sich, wenn auch in unterschiedlichem Maße, monopolisiert.

Strahlende wie finstere Gestalten finden sich allerorts.

Einseitige Schuldzuweisungen bemühen andauernd die gleichen langweiligen Kronzeugen, die uns nicht die Analyse unseres eigenen Beitrages zur zweifellos unglücklichen Situation ersparen können.

Das bloße Unterstellen der niederträchtigsten Absicht sollte allmählich der Neugierde des aufmerksamen und vorurteilslosen Zuhörens weichen.

Sich dabei überzeugen zu lassen gewinnt ebenso Bedeutung wie die Ein-

sicht, nackte Forderungen durch überzeugende Argumente zu ersetzen.

Nachdem alle Gruppen Flexibilität als Wert auf ihren Schild gehoben und Prinzipien ja so lupenrein für sich selbst sprechen sollten, dürfte, besten Willen und Optimismus vorausgesetzt, bald Bewegung in die Reihen kommen.

Solidarität ist mehr als der Titel einer Zeitschrift:

Der ebenso massive wie breite Widerstand der Universitäten gegen die verordneten Sparmaßnahmen führte in politisches Neuland. Die Gewerkschaft distanzierte sich unter zunehmendem äußeren Druck von den Entwürfen der Gesetzesnovellen und Vertreterinnen wichtiger hochschulpolitischer Organisationen und Bewegungen wurden additiv zu Neuverhandlungen geladen. Mancher von uns fühlte sich wie auf einem fremden Stern, so fremd waren die Rituale. Als Fremde wurden wir auch wahrgenommen, und bald signalisierten Mißstimmungen lang gedienter Gewerkschaftsfunktionäre, daß uns eher die Rolle des andächtigen Zuschauers und Bewunderers als die der Hinterfragenden und neue Vorschläge unterbreitenden Mitverhandler zustünde.

Freies Denken in geschlossenen Räumen konnte allenfalls angeboten werden. Ansonsten seien Gespräche über die früher ausgehandelten Punktationen so zu führen, wie Kardinal Ratzinger die römische Glaubenskongregation zu führen gewohnt ist. Geschlossenheit in Verhandlungen einzufordern, um die eigene Position gegenüber dem Dienstgeber nicht zu schwächen, ist legitim. Nachdem die Inhalte der Punktationen zu einer Dienstrechtsnovelle vom 15. 6. 1995 uns damals lediglich zur Kenntnis gebracht, aber nicht mit uns erarbeitet wurden, ist die Erwartung einer Blankounterschrift doch meilenweit von dem entfernt, was ich unter basisnaher Politik verstehe. Trotz zeitweiser, manchmal allerdings sehr persönlich gefärbter Animositäten sollte sich doch die Überzeugung durchsetzen, daß erst nach offener und freier, das heißt unsanktionierter, Meinungsäußerung

jener Konsens gefunden werden kann, der sich über den Tag hinaus als tragfähig erweist.

Es ist bei aller inhaltlicher Auseinandersetzung ein Gebot der Fairneß, zuzugeben, daß die Position der Gewerkschaft in den früheren Verhandlungen keine einfache war. Wenn nun die starre Haltung der Regierung und die rigide Festschreibung bestimmter Sparvorgaben auf einzelne Unterteilungen des Budgets jetzt auch von uns leidvoll am eigenen Leib erfahren wird, so fördert das retrospektiv zwar nicht uneingeschränkten Applaus für das gewerkschaftlich mitgestaltete Belastungspaket, allerdings aber ein besseres Verstehen. Wenn nicht nur die Gewerkschaft, sondern nun wir selbst in den Verhandlungen mit hunderten verschiedener Vorschläge einzelner Personen, Gruppen, Fachrichtungen und Standorte konfrontiert werden und von allen die lückenloseste Umsetzung gerade ihrer und nur ihrer erhobenen Forderungen wie selbstverständlich eingemahnt wird, dann sieht man vieles in einem anderem Licht.

Falls die Zeichen nicht trügen, sollte eine Annäherung unserer Positionen in einzelnen Punkten möglich werden. Die Propagierung von Feindbildern wird jedenfalls von der BUKO nicht betrieben und wäre auch ein schlechter politischer Ratgeber.

Es ist interessant, festzustellen, daß in Diskussionen, Streitgesprächen und Verhandlungen wieder vieles aus einem uralten Kampf zwischen Arm und Reich auftaucht, zwischen jenen, die das Sagen haben und jenen, denen dieses Sagen Befehl sein sollte. Es mögen inzwischen die Privilegierten noch etwas reicher und die Armen etwas weniger arm geworden sein, der Abstand hat sich nicht verringert. Für Klassenkampf und Bildersturm werden Lorbeeren schon lange nicht mehr verteilt. Das sollte die BUKO keinesfalls daran hindern, Privilegien, die ihrer Meinung nach zu Unrecht bestehen, aufzuzeigen und für eine gerechtere Verteilung der Mittel einzutreten.

Dabei wird man aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß Vorstellungen über Gerechtigkeit und Werte nicht Monopol einer Gruppe sind und mit Bedau-

ein muß festgestellt werden, daß gerade aus diesem Grund auch nicht jede Forderung einzelner „Mittelbauangehöriger“ mit der Inbrunst blinder Solidarität vertreten werden kann. Extreme Einkommensunterschiede zwischen, aber auch innerhalb der Kurien, die keinesfalls mehr durch überproportionale Leistungen gerechtfertigt werden können, sind zu dämpfen, und der Einsatz sowie die freie Entwicklung von Begabungen werden vermehrt zu fördern sein.

Es heißt nicht, den hohen Wert einer fairen Entlohnung zu mißachten, wenn darauf hingewiesen wird, daß strukturelle Verbesserungen, neue Karrierebahnen, Arbeitsplatzzufriedenheit und vermehrte Unabhängigkeit im Rahmen natürlicher und gewachsener Autoritäten mit einigen zusätzlichen Schillingen nicht aufgewogen werden können.

Einzufordern wäre die Konzentration auf Sachfragen und gute Lösungen für die Universitäten so zu gestalten, daß ihr Nutzen allen Gruppierungen einschichtig wird.

Von den Fragen, die noch nie gestellt wurden

Als Dohr gleich zu Beginn der ersten Verhandlung die „Vorlage eines soliden Datenmaterials“ forderte, wurde vielen von uns erstmals und recht schmerzlich bewußt, daß die zu verhandelnden Gesetzesnovellen, speziell jedoch die Abschätzungen ihrer Folgen nicht auf Daten beruhten, die ein unvoreingenommener und naiver Laie wie selbstverständlich als Voraussetzung und Grundlage jeder Gesetzesinitiative angesehen hätte.

Es mag damals wohl den täglich neuen Überraschungen zuzuschreiben sein, daß statt blankem Entsetzen nur ungläubiges Kopfschütteln zu vermerken war. Eine gewisse Erschütterung über die Politik ist jedoch geblieben wie die Sorge, daß dies bei anderen Gesetzen wohl auch so sein könnte.

Fehlendes Datenmaterial ließ nicht nur die Motive, die zu einzelnen Paragraphen führten, hinterfragen, sondern auch die Fragen nach dem Sinn dieser Gesetze und ihrer zu erwartenden Aus-

wirkungen stellen.

„Da diese Fragen in dieser Form noch nie an uns herangetragen wurden, kann ihnen darauf auch keine unmittelbare Auskunft gegeben werden“ war eine ebenso verblüffend ehrliche, wie letztlich auch erschütternde Antwort des Ministeriums.

Für diese Erschütterung ist nicht um Erlaubnis zu bitten, für diese Erschütterung bedarf es auch keiner Rechtfertigung und Entschuldigung.

Als völlig versponnener, hinterwäldlerischer Träumer und weltfremder Idealist bin ich mir vorgekommen. In realitätsferner Romantik oder in blinder Schwärmerei des Untertanen sah ich das Ministerium als Hort strategischer Planung und höchste Beamte über visionären Konzepten brüten, gefüttert von Evaluierungsergebnissen und den akribisch aufgelisteten Kalkulationen von differenziertem Mangel und Überfluß.

Die Formulierung politischen Willens schien mir so spannend und die Chance für Österreich Neues zu denken und zu entwickeln, so reizvoll, daß schon unbewußt (zu starkes odermächtiges Über Ich ?) Respekt mir näher lag als Mißachtung.

Diese Mißachtung will sich bei mir auch nicht einstellen, zu schwer fällt der Abschied von lieb gewordenen Idealen. Zurück bleibt eine tiefe Enttäuschung, Trauer und vielleicht auch ein Stück Wut.

Höchste Beamte, die ich schätzen gelernt habe, hecheln wie wir Daten nach, revidieren, informieren, konstruieren und formulieren. Die Aktenberge machen müde und verstellen die Sicht. Interventionen, Petitionen und Klagen rauben den Atem und halten die Zeit nicht an. Einigen von ihnen ist die Belastung anzusehen, die ihnen die Hetze ins Gesicht geschrieben hat. Hier verteidigen Beamte politisch diktiertem Terrain mit durchaus unterschiedlicher Begeisterung und vereinzelt fühlt man, daß einige mehr mit uns gemeinsam haben, als den politisch Verantwortlichen lieb und recht sein kann, nämlich die Enttäuschung über die entzauberte Politik.

Ich bleibe dabei, daß Denken und Vernunft Zeit und Ruhe brauchen und wage

zu denken, daß diese Zeit und Ruhe der Balance der eingangs abgehandelten Gefühle dienlich wären.

Ständig neue Vorgaben und Gesetzesentwürfe zwingen uns aufgrund ihrer Inhalte in pausenlose Defensivstellungen, die alle Kräfte fesseln. Aufgabe der BUKO wäre es aber, neue Vorstellungen zu entwickeln und mit dem Ministerium an Vorwärtsstrategien zu arbeiten. Diese Aufgabe kann nur in offenen politischen Arbeitskreisen bewältigt werden. Die Offenheit dazu und die Einsicht darüber scheint derzeit nicht gegeben. Zu sehr fürchtet man den „Dominoeffekt“, zu sehr fürchtet man Prestige- und Autoritätsverlust, nicht sehend, daß diese Haltung der erste Schritt zur Verwirklichung dieser Befürchtungen ist.

Unseren Idealismus über Bord zu werfen, macht wenig Sinn und wäre die Kapitulation vor der Macht.

### Versöhnlicher Abschluß

Daß sich unsere Befindlichkeiten auch in Titelbildern ausdrücken, mag einige befremden, denen wirklich vieles fremd sein mag.

Die Wahrnehmung der Universität als Fremdes und Ihrer Angehörigen als Fremde bedürfte allerdings eines neuen Anonymus, der kein Dramolett, sondern sich die Trauer als Elegie und die Enttäuschung als Drama von der Seele schreibt.

Mir selbst wäre nichts lieber, als daß bald zarte Blumen und weiße Wölkchen das BUKO-Info zieren könnten, der lächelnde Minister und seine Beamten, umringt von strahlenden Gesichtern des BUKO Plenums im Lorbeerkranz.

Es wird noch ein wenig dauern, wer weiß. Möglich ist alles und gedacht darf es werden.

[Univ.-Doz.Dr.K.Grünewald](#)

(Vorsitzender der BUKO,  
Universität Innsbruck, Universitäts-  
klinik für Innere Medizin,

[E-Mail:](#)

[kurt.grunewald@buko1.bukonf.ac.at](mailto:kurt.grunewald@buko1.bukonf.ac.at))

# Dienst- und Besoldungsrechtsverhandlungen

Eine Chronologie

Gerda Bohmann

## 29.3.96:

In einer Vorbesprechung in der BUKO (ab 11.00 Uhr) wird, unter Berücksichtigung möglichst breiter Streuung über die Universitäten/Fakultäten und Kunsthochschulen, das Verhandlungsteam für den „nicht-gewerkschaftlich-organisierten“ Mittelbau nominiert: BUKO: K. Grünwald und M. Herbst; ULV: T. Reuther und A. Legat; ÖPK: G. Bohmann und U. Felt  
Die Vorbesprechung in der GOD (ab 13.00 Uhr) wird von Siegfried Dohr geleitet. Neben der BSHL sind auch Vertreter der PROKO und des Lektorenverbandes anwesend. Nach heftiger, kontroversieller Diskussion gibt es eine Einigung darauf, mit der Forderung nach „Sistierung der Gesetzesentwürfe“ in die Verhandlungen zu gehen.

15.00 Uhr - Parlament: Nunmehr sind auch Vertreter der Rektorenkonferenz anwesend. Neben BM Scholten und den VertreterInnen des BMWVK (Höllinger, Matzenauer, Kraft, Seeböck) auch einige BeamtInnen von BMF (Marenzi u.a.) und BKA (Schäfer u.a.).

Nach neunstündiger Dauer dieser ersten Runde wird vereinbart, umgehend Verhandlungen über ein neues Dienst- und Besoldungsrecht - auf der Grundlage einer soliden Datenbasis - aufzunehmen; diese müssen bis Ende Mai zu einem Ergebnis führen. Dies ist die Voraussetzung für eine Verschiebung von Teilen der vorliegenden Gesetzesentwürfe. Daraus entstehende Belastungen für das Budget müssen durch Einsparungen im Lehrauftragsvolumen (max. 15%) für das Wintersemester 1996/97 und durch Kürzungen der Lehrauftragsremuneration (ca. 17%) abgedeckt werden. Der Forderung des Dienstgebers (BMWVK) nach einer Beendigung der „Streiks“ wird dadurch Rechnung getragen, daß die BSHL in der GÖD ihren Streikantrag verschiebt und daß die VertreterInnen der Univer-

sitäten und Kunsthochschulen in ihren Versammlungen „positiv berichten“.

## 11.4.96:

In der Vorbesprechung in der GÖD wird vereinbart, daß das Aktionskomitee der externen LektorInnen mit einem/r Vertreter/in hinzugezogen wird.

Der Verhandlungstermin im Parlament ist vorrangig einer Übersicht über die Datenlage gewidmet. Seitens des BMWVK wird darauf verwiesen, daß ein großer Teil der erforderlichen Daten nicht verfügbar sei, da sie bislang noch nie gebraucht worden waren. Es wird vereinbart, daß die benötigten Informationen über Lehraufträge, Kollegengelder und Prüfungstaxen im Sinne einer „Stichprobe“ von folgenden Universitäten und Hochschulen abgefragt werden: Universitäten Linz, Innsbruck und WU, Gruwi- und Gewi-Fakultät der Universität Wien sowie Musikhochschule Graz.

## 18.4.96:

Nach einer unstrukturierten, chaotisch verlaufenden Vorbesprechung in der GÖD werden in der Verhandlungsrunde folgende Probleme thematisiert: der immer noch geltende Aufnahmestopp; das Einfrieren der Personalmittel UTO auf den Stand von 1995; die katastrophale Budgetvorgabe; die Unmöglichkeit der Planung des kommenden Studienjahres. Ein Großteil der geforderten Datenbasis liegt nunmehr vor; der „Rest“ soll von den Universitäten bis 25.4. verfügbar gemacht werden.

In Grundzügen diskutiert wurden: UniversitätsprofessorInnen nach UOG 93; VertragsprofessorInnen, DozentInnen: z.B. Gleichstellung ao. und o.Profs., Frage der Emeritierung; dienstrechtliche Verankerung der Professuren auf Zeit etc. Zugleich wurde vereinbart, daß Entscheidungen - insbesondere wenn sie besoldungsrechtliche Fragen tangieren - erst dann

getroffen werden können, wenn das gesamte „Paket“ hinreichend und abschließend diskutiert ist. Laut Höllinger sind die Verhandlungen vorerst auf ein Dienst- und Besoldungsrecht für Neueintretende bezogen; Übergangsregelungen werden im Anschluß daran verhandelt.

Zusagen des BMWVK wurden zu folgendem gemacht:

- Der Aufnahmestopp endet definitiv am 30.4.
- Die Kürzung des Lehrauftragskontingents für WS 96/97 darf 15% nicht übersteigen; bis 10. Mai werden diesbezügliche Vorgaben vorliegen.

## 22.4.96:

Vorbesprechung in der GÖD: Wir werden von einigen Gewerkschaftsvertretern angegriffen: wir hielten uns nicht an vereinbarte Tagesordnungen, mischten uns in Dinge ein, die uns nicht unmittelbar betreffen (z.B.: Emeritierung, Prüfungstaxen), hätten „unrealistische Forderungen, ...“; wir würden damit die Verhandlungstaktik konterkarieren und die Verhandlungen gefährden. Und: die Punktation vom 15.6. lege bereits die Grundsätze fest, sie sei nicht mehr zu hinterfragen. Es, durften zwar in der Vorbesprechung "die Fetzen fliegen"; in den Verhandlungen hätten wir uns an Vereinbarungen zu halten, da die Gewerkschaft das Hauptverhandlungsmandat beansprucht. Nach langer kontroversieller Diskussion wird aber neuerlich auf ein Resümee der Vorbesprechung und damit auf die Festlegung einer Verhandlungslinie für den bevorstehenden Termin von seiten der Gewerkschaft verzichtet.

Es entsteht für uns der Eindruck, daß die Gewerkschaft, bzw. einige ihrer Vertreter wenig Interesse daran haben, ein Verhandlungsergebnis herbeizuführen, uns aber die Rolle des „Sündenbocks“ für das mögliche Scheitern zu-

spielen wollen.

15 Uhr - Parlament: Auch hier wird angezweifelt, „ob wir in dieser großen Runde so bald schon akkordierte Ergebnisse erzielen werden“ (Matzenauer). Erneut werden die Probleme der Budgetentwicklung für das WS 96/97 und der Planstellenbewirtschaftung angesprochen und entsprechende Klarstellung vom Ministerium eingefordert. Es wird vom BMWVK hinsichtlich der Kontingentierung für das WS erneut auf den Termin 10. Mai verwiesen. Es wird zugesagt, die Nachbesetzungsvorschläge der Unis und HS für die dzt. offenen Stellen zu akzeptieren.

Themenbereich DozentInnen: Einzig klarer und konsensueller Punkt der Diskussion - sie sollen in der Planstellenkategorie der AssistentInnen verbleiben.

Seitens des BKA (MR. Schäfer) wird ein Besoldungsmodell für ProfessorInnen vorgestellt. Es sieht ein Abgehen von der bisherigen Gehaltsstaffel und zusätzlichen Abgeltungen und Einführung von Brutto-Fixbezügen in vier Stufen vor.

Von Gewerkschaftsseite (F. Dotter) wird ein Modell der weitgehenden Einbeziehung von Einkommensbestandteilen in das Fixgehalt und der Abgeltung zusätzlicher Lehre angesprochen. Das Ministerium signalisiert, daß diese Variante bei Aufkommensneutralität zumindest denkbar sei. Es wird vereinbart, über beide Modelle nachzudenken.

Für VertragsassistentInnen zeichnet sich eine Lösung ab (sh. 7.5.), die noch ausstehenden Daten sollen beim nächsten Termin vorliegen.

29.4.96:

Am Freitag, den 26.4., war ein Rundschreiben an alle Universitäten ergangen, mit dem ein weiterer unbedingter Aufnahmestopp verfügt wurde. Die Vorbesprechung in der GÖD fand in entsprechend aufgeheizter Stimmung statt - zumal mit diesem neuerlichen Aufnahmestopp die Verhandlungszusage vom BM Scholten vom 18.4. ge-

brochen worden war. Es zeige sich damit zugleich die Absehbarkeit weiterer Belastungspakete und Aufnahmestopps. Es wird vereinbart, in der bevorstehenden Verhandlungsrunde diesbezügliche Klärungen einzufordern und erst dann in der Punktation zum Dienstrecht vom 15.6. fortzufahren.

In dieser Vorbesprechung konnten wir auch einige Klarstellungen hinsichtlich unserer Rolle in den Verhandlungen erreichen: unser Status als Mit-VerhandlerInnen wurde bestätigt; unsere potentielle „Sündenbockrolle“ wurde bestritten; es wurde die Notwendigkeit, die Ergebnisse der Vorbesprechung zu resümieren, eingesehen.

Verhandlungsrunde im BMWVK:

1) Aufnahmestopp: Zum ministeriellen Rundschreiben vom Freitag merken sowohl Scholten als auch Höllinger an, daß dieses zwar irreführend gewesen, aber die Aufregung unbegründet sei; zumal ein Anruf im Ministerium zur Klärung beigetragen hätte. BM Scholten weist darüberhinaus die Verantwortung für den Aufnahmestopp von sich.

2) Entwicklung von UTO: Den aktuellen Budgetvollzug des Wissenschaftsressorts betreffend (1. Quartal 1996) führt Höllinger aus, daß dieser bereits über dem Erfolg 1995 (1. Quartal) liege.

3) VertragsassistentInnen - „Parallellaufbahn“: Zum vorliegenden Entwurf wird von uns grundsätzlich Zustimmung signalisiert - einige Problembereiche müssen aber einer Regelung unterzogen werden (Teilbeschäftigung; Zulagen; Übergangsbestimmungen). Es wird zur Überarbeitung des Entwurfs eine Arbeitsgruppe (aus dem Verhandlungsteam) eingesetzt.

4) Sabbatical: Das BMWVK möchte eine Kontingent-Lösung und dadurch den „Wettbewerb“ betonen. Es solle mit der Regelung einer „Minimallehrverpflichtung“ (BM Scholten) gekoppelt

werden; Über die Verteilung der Kontingente müsse der Studiendekan entscheiden. BM Scholten will eine „Flucht aus der Lehre“ verhindern. Demgegenüber wird - von allen „Dienstnehmergruppen“ gefordert: - Auf das Sabbatical soll ein Rechtsanspruch bestehen; - es darf ein Semester nicht unterschreiten; - die Regelung ist auf alle Hochschul-lehrerInnengruppen anzuwenden.

5) Ausbildungsphase für AssistentInnen:

Ausgehend vom „Arzt in Ausbildung“ gemäß UOG 93 betont das BMWVK, es solle in der ersten Phase der Hochschullehrerlaufbahn keine Garantien für den Verbleib an der Universität geben; sie sollen vorrangig der Ausbildung dienen. Von Unsurde dieser Analogieschluß zurückgewiesen. Ein kurze Ausbildungsphase für AssistentInnen (mit Schwerpunkt auf Didaktik) erscheint uns angemessen; diese habe aber für alle Neueintretenden ohne Lehrerfahrung zu gelten.

Der nächste Termin soll der „Novelle der Novelle“ gewidmet sein, d.h. einem Abänderungsantrag zu den gerade beschlossenen Gesetzen. Auch dazu wird eine Vorbereitungs-Arbeitsgruppe aus dem Verhandlungsteam eingesetzt.

2.5.96:

Arbeitsgruppe zur „Novelle der Novelle“: Höllinger stellt klar, daß es Sache der Einschätzung des Ministers wäre, wann die Gespräche als erfolgreich zu betrachten sind oder nicht - und Scholten wäre zu der Einsicht gelangt, daß wir gut vorankommen. Daher werden für 1 oder 2 Semester die am 29.3.1996 vereinbarten „Übergangsbestimmungen“ wirksam.

Zwei Fragen bestimmen die Diskussion:

1. Soll das Gehaltsgesetz wirklich ganz ausgesetzt werden? Ein (wenigstens teilweises) Inkrafttreten wird vor allem von G. Windischbauer gefordert.  
2. Kann man noch etwas für die Anhebung der Remunerationssätze tun? Dies

## Verhandlungsbericht

scheint unmöglich, denn die finanzielle Krise ist größer als angenommen.

6.5.96:

Arbeitsgruppe zum Thema VertragsassistentInnen - Ergebnisse sh. 7.5.

7.5.96:

Verhandlungen im BMWVK

1) Kernelemente der neuen

VertragsassistentInnen-Regelung:

\* Die Gehaltstaffel wird bis zur Stufe 19 verlängert.

\* Qualifikationserfordernis (wie bei Universitätsassistentinnen) und Qualifikationszulagen: bei Promotion 1 Biennalsprung, bei Habilitation 11/2.

\* Forschungszulage: wird in ihrem qualitativen Anteil für halb- und vollbeschäftigte VertragsassistentInnen voll ausgezahlt. Der quantitative Anteil nur für Vollbeschäftigte.

\* Die Teilung von Stellen soll nur in besonders begründeten Fällen möglich sein.

\* Übergangsregelungen für KollegInnen, die bereits seit zwei Jahren einen Vertrag haben: nach vier Jahren Beschäftigung können Vollbeschäftigte einen Antrag auf zweijährige „Pufferzeit“ zur Erlangung des Doktors stellen; Halbbeschäftigte VertragsassistentInnen auch nach sechs Jahren.

Dieser Gesetzesentwurf wird am 14. Mai in den Ministerrat eingebracht und soll bereits mit 1.10.96 in Kraft treten.

2) „Ausnahme vom Aufnahmestopp“:

Die Zuteilung der (im Ministerrat vom 30.4.) 300 zugesagten Stellen soll sich an der Relation der derzeitigen Vakanzen an den Unis orientieren. Prinzipiell sind aber für 1996 bei UTO 2,3% Einsparung im Vergleich zum Erfolg 1995 die Vorgabe.

3) Die „Novelle der Novelle“:

Teile des Gehalts- und des Abgeltungsgesetzes werden ausgesetzt, wenn:

\* Das Minus von 17,3% bei den Remunerationen akzeptiert wird;

\* Prüfungsgelder auf 150.- reduziert werden;

\* Das Lehrauftragsvolumen um 10% reduziert wird.

Gemäß BM Scholten soll diese Regelung nicht nur für das WS 96/97, son-

dem auch für das SS 97 gelten.

Die Kürzung der Kontingente wird auf Fakultätsebene vorgegeben; Universitätsinterne Umschichtungen sind möglich. Die Kontingente für nicht remunerierte Lehraufträge, Tutorien etc. werden auf dem Stand von WS 1995/96 auf WS 1996/97 eingefroren. Damit werde der Einsparungseffekt von 130 Mio. an Unis und 43 Mio. an Kunsthochschulen für das Jahr 1996 erreicht; 1997 müsse in der UT7 eine Einsparung von 282 Mio. erzielt werden.

Trotz mehrerer (unterschiedlicher) Bedenken gegen diese Regelung wird vereinbart, daß die Übergangsregelung für das gesamte kommende Studienjahr gelten soll.

Es wird weiters vereinbart, daß eine Arbeitsgruppe den weiteren Arbeitsplan für das neue Dienstrecht festlegen soll. Prof. Koder fordert für diesen Termin eine schriftliche Zwischenbilanz der laufenden Verhandlungen.

15.5.96:

Diese Sitzung der Arbeitsgruppe ist eine Einschätzung der bisherigen Verhandlungen durch BM Scholten - er verspricht einen schriftlichen Bericht für den nächsten Termin - und der Beschlußfassungübereinen „Verhandlungsfahrplan“ gewidmet.

Seitens der GÖD wird die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß getroffene Vereinbarungen und der Verhandlungsgegenstand budgetär nicht mehr gedeckt sein könnten. Laut BM Scholten ist die finanzielle Deckung der Novellierung der Novelle genau berechnet; Die Probleme mit der UTO seien nicht so dramatisch, wie die Universitäten behaupten.

Höllingers Vorstellungen über einen Terminplan für das Dienstrecht: etwa noch 1/2 Jahr für Verhandlungen (hier sind die Sommermonate eingerechnet); dann sollen die Details so klar sein, daß es eine Grundlage für eine gesetzliche Formulierung gibt; 1/2 Jahr Begutachtungsfrist. Ab WS 97/98 soll dann das neue Dienst- und Besoldungsrecht gelten.

Gearbeitet werden soll in kleineren Arbeitsgruppen, die dem Plenum berichten, wo dann akkordiert wird.

Grünwald fordert, daß bei einer Verkleinerung der Gruppen sichergestellt werden müsse, daß die Balance im Verhandlungsteam gewahrt bleibt.

Folgende Liste wird festgelegt: oberste Priorität wird den Fragen der „Lehrverpflichtung und Sicherung der Zeit für Forschung“, der „Abgeltung für die Lehrtätigkeit“, der „Mitwirkung in der Lehre“ und den „externen Lektorinnen“ eingeräumt; danach folgen die Bereiche „Prüfungsgelder“ und „Dozentinnen“ und schließlich „Professorinnen nach UOG '93 bzw. Vertragsprofessorinnen“ und „Sabbatical“.

23.5.96.:

Arbeitsgruppe-Donnerstag vormittag: Thema Lehrverpflichtung: **Die Diskussion zeigt**, daß der Begriff als solcher bzw. sein Anwendungsbereich keineswegs eindeutig ist; er beinhaltet sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte. Einige Bereiche, die einem Konsens zugänglich erscheinen, gibt es aber:

\* Es soll kein „überbürokratisiertes“ Dienstrecht geschaffen werden;

\* Lehre beschränkt sich nicht auf den „Unterricht“;

\* Es besteht die Notwendigkeit einer Begrenzung der Lehre (insbesondere für den Mittelbau);

\* Es müssen die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Kapazitäten der Studienrichtungen berücksichtigt werden.

Plenum - Donnerstag mittag:

Es wird ein schriftlicher Bericht von BM Scholten über die bisherigen Ergebnisse- der Hochschullehrerdienstrechtsverhandlungen (an dem wir noch kleine Änderungen vornehmen) sowie der Entwurf zur Novelle der Novelle (der den Vereinbarungen zu entsprechen scheint) vorgelegt.

Einige aktuelle Probleme werden thematisiert:

Die an manchen Universitäten - aufgrund der uneindeutigen Formulierung des Erlasses über die Zuweisung der Kontingente - überproportionale Kürzung der Kontingente für frauenspezifische Lehrveranstaltungen. Diese seien - laut MR Kraft - bewußt nicht

der 10%igen Kürzung unterzogen worden; eine Ergänzung des Erlasses soll ausgesendet werden. Die mit der Entwicklung von UTO gebe Unmöglichkeit, vakante Stellen nachzubeseetzen; gravierende Probleme mit den gekürzten Lehrauftragskontingenten an manchen Fakultäten; die Unplanbarkeit des Studienjahres - aufgrund der Zuweisung der Kontingente nur für das Wintersemester. Höllinger begründet dies damit, daß das Parlament noch nicht beschlossen habe, die Novelle der Novelle für zwei Semester in Kraft zu setzen.

Arbeitsgruppe - Donnerstag  
nachmittag

Prüfungstätigkeiten und  
Lehrverpflichtung:

Es wird deutlich, daß das Ministerium die Prüfungstätigkeit weitgehend unter die Lehre subsumieren will. Daran anknüpfend wird eine „Typologie“ von Prüfungen diskutiert, die unterschiedliche Abgeltungen nahelegt. Es tauchen aber auch völlig neue Modelle auf: z.B. Kontingentierung von Prüfungsgeldern und interne Verwaltung durch die einzelnen Unis. Es wird die Frage nach dem „Verwendungsbild“ der Hochschullehrerinnen aufgeworfen; Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer generellen gesetzlichen Festschreibung der Lehrverpflichtung werden besprochen. Nach einer (neuerlichen) Kontroverse um die Vor- und Nachteile des §53 Gehaltsgesetz werden verschiedene Modelle eingebracht:

Von BUKO, ULV, ÖPK und Aktionskomitee folgendes (in Kurzfassung):

- \* Durchrechnung der Lehrverpflichtung über ein Studienjahr hinweg;
- \* Eine Lehrverpflichtung für Promovierte darf 4 St./Jahr nicht überschreiten; für Habilitierte bzw. Definitivgestellte 6 St./Jahr; diese ist über ein erhöhtes Grundgehalt abzudecken,
- \* Darüber hinaus gehende Lehre ist jedenfalls zu limitieren (für Promovierte 8 St./Jahr; Habilitierte bzw. Definitivgestellte 12 St./Jahr) und über angemessenes „Kollegiengeld“ abzugelten;
- \* Freiwillige Mehrleistungen - z.B.

Lehrveranstaltungen an anderen Unis - sind ebenfalls zu limitieren (max. zusätzlich 8 Std./Jahr) und entsprechend zu honorieren.

Auch von Gewerkschaftsseite (G. Steiner) wird ein - ähnlich quantifizierter - Vorschlag eingebracht.

Es wird wiederholt festgestellt, daß wir uns mit allen Modellen innerhalb des gegebenen budgetären Rahmens zu bewegen hätten!

24.5.96:

Fortsetzung der Arbeitsgruppe - Freitag vormittag:

Themen: „Profil“ der externen LektorInnen und Modelle für die Festlegung von Dienstpflichten bzw. deren besoldungsrechtliche Behandlung und/oder Abgeltung. Hinsichtlich der Frage des „Profils“ werden alle bisher vom Aktionskomitee vorgebrachten Argumente erneut ins Treffen geführt (vgl. den Bericht von A. Pechriggl).

In der weiteren Diskussion wird an bereits skizzierte Modelle angeknüpft. Es seien (bei allen Möglichkeiten) jedenfalls zwei Garantien erforderlich (Matzenauer/Kraft):

- \* Das Lehrangebot, der Studienbetrieb ist zu gewährleisten;
- \* Es ist ein Schutz des Mittelbaus vor überbordender Lehre erforderlich.

Es stehen jedenfalls vier „denkmögliche“ Regelungsmodelle zur Disposition:

- a) Generelle Regelungen für die Lehre im Dienstrecht ( x Std.)
- b) Rahmenregelungen mit festgeschriebenen Minima und Maxima
- c) Eine Richtwert-Variante (x bis n Stunden)
- d) Verzicht auf quantitative Regelungen (d.h.: Dienstpflichten-Festlegung innerhalb der Universität/des Instituts/ durch den Studiendekan...)

Von uns wird gefordert, diese Varianten auch tatsächlich durchzudenken - in Zusammenhang mit jeweils unterschiedlichen besoldungs- und gehaltsgesetzlichen Möglichkeiten - und auf der dzt. Form des §53 nicht zu beharren. Die Varianten c) und d) werden für den Mittelbau aber abgelehnt.

Es wird vereinbart, daß sowohl die

„Dienstgeber-“, als auch die „Dienstnehmerseite“ entsprechende Vorarbeiten übernehmen und daß in der Arbeitsgruppe weiter daran gearbeitet wird.

Auf „Dienstnehmerseite“ wurde in einer Sitzung des Koordinationsausschusses der BSHL am 31.5. - in durchaus konstruktivem Klima - damit begonnen.

Mag. Dr. G. Bohmann  
(Institut für Allgemeine  
Soziologie, WU-Wien)

[E-Mail: bohmann@wu-wien.ac.at](mailto:bohmann@wu-wien.ac.at)

### Stellungnahmen der BUKO

Die Auswirkungen des Belastungspakets der Aufnahmestopp und die Dienstrechtsverhandlungen dominieren klarerweise die Hochschulpolitik. Dennoch sollte nicht übersehen werden; daß zurzeit auch einige andere wichtige Weichenstellungen im Hinblick auf die Konkretisierung der Umsetzung des UOG 93 in Vorbereitung sind. Zwei wesentliche Verordnungsentwürfe standen jüngst zu Begutachtung, einer über die Evaluierung und einer über die Bedarfsberechnung und die Erstellung des Budgetantrages. Die Evaluierungsverordnung wurde von der BUKO grundsätzlich abgelehnt, aber auch die Budgetverordnung weist sehr weitreichende Kritikpunkte auf. Beide Stellungnahmen können im Büro der BUKO angefordert bzw. auf der Homepage eingesehen werden.

### Zu diesem BUKO-Info

Der nicht gewerkschaftlich organisierte Mittelbau ist in den Dienstrechtsverhandlungen durch die BUKO, den ULV und das Österreichweite Protestkomitee vertreten. Die externen LektorInnen sind durch das neugegründete Aktionskomitee und den Lektorenverband repräsentiert. Vertreter aller dieser Gruppierungen kommen in diesem BUKO Info zu Wort. Darüber hinaus haben uns zahlreiche Meinungen und Kommentare zu den Protesten den Verhandlungen und zum letzten BUKO-Info erreicht. Aus Platzgründen können wir diese Reaktionen hier leider nicht abdrucken. Wir veröffentlichen jedoch alle Lesermeinungen auf unserer Homepage im Internet. Außerdem weisen wir daraufhin, daß seit kurzem auf unserer Webseite unmittelbar die Möglichkeit zur Diskussion besteht. Windanken allen engagierten Leserinnen für die Rückmeldungen und hoffen auf einen noch intensiveren Dialog im Internet.

Homepage / Tel.Nf.: 3199315-11  
<http://www.xpoint.at/buko/default.htm>

Für die Redaktion  
Mag. Margit Sturm, Generalsekretärin  
der BUKO

# VertragsassistentInnendienstrecht Letzte Auflage?

Anneliese Legat

Noch vor der Sommerpause des Parlamentes wird eine Novelle des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 beschlossen werden, die Neuregelungen des Dienstrechtes für Vertragsassistentinnen (VAss) beinhaltet.

Ausgangspunkt:

Durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Oktober 1993 (G 134/92-7) wurde die befristete Verwendungsdauer von VAss als verfassungswidrig erkannt und der ursprüngliche Zustand mit den Nachteilen der in anderen Bereichen nicht geldeten Kettenverträge verbunden mit einer "gedeckelten" Gehaltsstaffel wiederhergestellt. Obwohl kein ausdrücklicher Gesetzesänderungsauftrag erteilt worden ist, schien der Novellierungsdruck trotzdem so groß, daß ein dem UnivAss-Dienstrecht nachgebildetes Modell (siehe die bezugnehmende Darstellung und hochschulpolitische Bewertung in BUKO-Info 4/94 und 1/95) entwickelt wurde.

Der schon seit längerem diskutierte Gesetzesvorschlag wurde nach Verhandlungen im Frühjahr dieses Jahres auf Grund von Diskussionsbeiträgen der nichtgewerkschaftlichen Mittelbauvertretungen (BUKO, ULV, ÖPK) in einigen Punkten abgeändert:

\* Auf Grund der im Frühjahr dieses Jahres in Folge des Strukturanpassungsgesetzes (vulgo Sparpaket II) auftretenden Strukturängel ist grundsätzlich von Vollbeschäftigungsverhältnissen im AssistentInnenbereich auszugehen. Zusätzlich schlägt auch die Überlegung durch, daß qualifizierte Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mit Dauer-Teilzeitbeschäftigungen nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Dies bedeutet, daß Assistenten-Planstellen grundsätzlich nicht geteilt werden und halbe Planstellen in Zukunft zusammengeführt werden. Da

die bisherigen Ausnahmebestimmungen eher exzessiv gehandhabt wurden, werden nunmehr von der Zielbestimmung abweichende beabsichtigte Umsetzungen einer verstärkten Beobachtung unterzogen werden. Hinsichtlich dieser Maßnahmen werden wohl die zuständigen Universitätsorgane, insbesondere der Rektor und das BMWVK als Aufsichtsbehörde in die Pflicht genommen werden (müssen).

\* Weiters wird für Teilbeschäftigte auch eine Abgeltung des qualitativen Teils der Mehrdienstleistung durch eine anteilige Zuerkennung der Forschungszulage gewährt.

\* Außerdem wurden Übergangsbestimmungen für diejenigen Fälle aufgenommen, die bisher noch kein Doktorat oder gleichzuhaltende Eignung vorzuweisen haben, aber an die Bestellgrenze gelangen, wodurch sich die Frist für den Qualifikationserwerb verlängert. Für VAss mit Doktorat am Ende der zweiten Laufbahnstufe ist keine Pufferzeit vorgesehen, weil davon auszugehen ist, daß "der Fortschritt der fachlichen Qualifikation des Vertragsassistenten in den mehrfachen Weiterbestellungsverfahren ausreichend überprüft und bestätigt worden ist", so die erläuternden Bemerkungen des Entwurfes 1846-BDG-Novelle. Von Seiten des Ministeriums wurde darüber hinaus signalisiert, bei Vorliegen einer tatsächlichen Fehlverwendung VAss auf VB-Planposten überzuleiten.

Rechtspolitische Wertung:

Diese neuen Regelungen bieten sicherlich mehr Arbeitsplatzsicherheit, stellen aber auch erhöhte Anforderungen und verlangen verstärkte Qualifikationsleistungen von den Betroffenen, was aber auch Vorteile für die weitere Berufslaufbahnplanung bringt (z.B. verheissungsvolle Umstiegsmöglichkeiten in die Univ. Ass. Schiene). Das

Teilbeschäftigungsverhältnis wird zunehmend als Durchgangsstadium gesehen, was in den Umfrageergebnissen der BUKO auch bestätigt wird. Damit werden wohl unerwünschte Begleitscheinungen, wie dauernde und ausschließliche Systemerhaltertätigkeiten oder Abhängigkeiten wegen der Kettenvertragsituation mit einer impliziten Tendenz zur Fehlverwendung gemildert werden.

Das neue Modell entspricht den im Trend liegenden Topoi von Sparsamkeit und Effizienz, im Sinne von erhöhtem Output und milderer Entlohnung. Aus der Kenntnis der Praxis heraus werden nämlich trotz der Einmahnung von gesetzlich garantierter Forschungszeit und verlängerten Fristen Forschungsleistungen sicherlich in der Freizeit erbracht werden müssen, wie dies selbst bei den vollbeschäftigten Univ. Ass. den Regelfall darstellt.

Ein besonders gravierender Nachteil gegenüber dem Univ.Ass. Modell soll aber nicht verschwiegen werden: Selbst bei Erbringung der geforderten Qualifikationen besteht kein Anspruch auf Verlängerung des Dienstverhältnisses. Hier kann im Anlaßfall Rechtsschutz nur über das Arbeitsgericht beansprucht werden.

[Univ.-Ass.Mag.Dr. A. Legat](#)  
(Institut für Österr. Rechtsgeschichte,  
Universität Graz)

# Lehrauftragskontingente

Studien sind nicht nur eine Anzahl von Stunden

Michael Herbst

Es ist zu bezweifeln, daß jener gewünschte Effekt der sinnvollen Verschlinkung der Studien jetzt eintritt, den sich Sektionschef Höllinger sowohl vom neuen UniStG wie auch von den Kürzungen der Lehrauftragskontingente erwartet, wenn er sinngemäß argumentiert:

So wird sich jede Studienrichtung überlegen müssen, was im Studium sinnvoll und daher unentbehrlich, und was nicht sinnvoll und daher entbehrlich ist.

Daß die verordnete Radikalkur die Studien inhaltlich und strukturell verbessert, Studien tatsächlich effizienter und kürzer macht, kann ich mir, obwohl ich es mir wünsche, nicht vorstellen, es werden tradierte Ungleichgewichte eher weitergeschrieben als ausgeglichen. Denn warum sollte es unter dem Druck der Einsparungsquote plötzlich möglich sein, Studien fakultätsweit zu diskutieren, deren Bedingungen und bisherige Stundenkontingente aus verschiedenen Notwendigkeiten heraus so unterschiedlich sind wie die Studien selbst.

Wenn Studienrichtungen, die bisher aus Personalmangel zum erhöhten Zukauf externer Lehre gezwungen waren, ums Überleben kämpfen, wird wenig Solidarität und Verständnis für andere Studienrichtungen zu erwarten sein. Diese Solidarität könnte sich nur durch Abgabe von Stunden äußern, und wer gibt schon Stunden her, wenn er selbst einsparen muß, abgesehen davon, daß die Sprachlosigkeit zwischen Studienkommissionen eine viel längere Tradition hat als das Bemühen um Austausch und Verständigung.

Ich habe versucht, in der Studienrichtung, in der ich arbeite aus dem Zwang eine Tugend zu machen und studienpolitisch zu denken, diskutierbare Einsparungsvarianten nach Prioritätsvorstellungen zu entwickeln und bin dabei neben allen sozialen und institutsatmosphärischen Schwierigkeiten auf äußerst profane Grenzen

gestoßen: Derzeit unterliegen Studienpläne noch den geltenden Studienordnungen, die sowohl Maxima wie Minima des Stundenrahmens des Gesamtstudiums und auch pro Studieninhalt festlegen.

Liegt die Anzahl der geforderten Pflichtstunden am unteren Limit, so ist es gesetzlich gar nicht möglich, auf diesem Sektor einzusparen, ohne die Studienordnung zu ändern. Wer schon in prosperierenden Zeiten daran gedacht hat, dies aus Reformnotwendigkeit zu tun, weiß wie schwierig so ein Unterfangen ist (österreichweite Akkordierung aller gleicher Studienrichtungen, Antrag ans Parlament, Begutachtung in den Unterausschüssen, Beschlußfassung im Parlament usw). Unter zwei bis drei Jahren war dies kaum möglich, meistens scheiterten solche Versuche schon im Vorfeld der Beratungen.

Wozu jetzt? Das Parlament hat anderes zu tun, abgesehen davon sind in Kürze mit Inkrafttreten des neuen UniStG Studienordnungen ohnehin obsolet.

Liegt die Anzahl der Pflichtstunden am Maximum, muß zumindest der Studienplan geändert werden, was wiederum derzeit noch der ministeriellen Begutachtung und Genehmigung bedarf. Es ist zwar kaum anzunehmen, daß Veränderungsvorschläge, die zu Einsparungen führen, vom Ministerium lange begutachtet oder gar abgelehnt werden.

Es ist jedoch weder anzunehmen, daß bis zum Studienbeginn im Herbst derartige Verfahren abgeschlossen sind, noch daß die Motivation der Hochschulen zur Selbstentlebung sehr hoch sein wird, abgesehen davon, daß selbst dafür in den Kollegialgremien die notwendigen Beschlüsse jetzt gefaßt werden müssen und nicht erst im Wintersemester.

Einsparungspotentiale liegen am Pflichtstundensektor vor allem bei jenen Veranstaltungen, die aufgrund hoher Teilnehmerzahlen mehrfach ange-

boten werden müssen. Parallelveranstaltungen haben viele Gründe, meist sind es gesetzliche Rahmenbedingungen oder hoffentlich didaktische Notwendigkeiten.

Dort zu reduzieren bedeutet unweigerlich Studienverzögerungen für die Studierenden oder weitere Belastungen der Lehrenden durch Steigerung der Betreuungsrate, die in manchen Studienrichtungen bereits jetzt bei über 200 Studierenden pro Hochschullehrer liegt.

Welches politische Kalkül liegt dem zu Grunde - hoffentlich keines, denn dieses könnte nur ein zynisches sein: Arbeitet mehr, ihr bekommt ja ohnehin weniger dafür!

Bei den Wahlpflichtfächern, die als Vertiefungsfächer für kombinationspflichtige Studien, wie die Lehramtsstudien es sind, die erste Studienrichtung begründen, konnte ursprünglich nur auf bestehendem Angebot aufgebaut werden. Diese Fächer zu reduzieren bedeutet gleichzeitig die Wahlmöglichkeit auf ein Minimum einzuschränken, es kann also gar nicht mehr von Wahlpflichtfächern die Rede sein.

Das verbleibende Fächerangebot wird, je nach in der Studienordnung festgelegter, verpflichtender „Wahl“stundenanzahl zum Pflichtfachangebot für Studierende der ersten Studienrichtung und ist daher genauso zu behandeln wie das Pflichtfachangebot.

Bleiben nur mehr die Freifächer.

Diese werden daran glauben müssen und das bedeutet einen nicht zu unterschätzenden qualitativen Substanzverlust. Das bisher schwerfällige Procedere bei Studienordnungsänderungen drängte innovative Inhalte in Lehrveranstaltungen der Freifachgruppe. Mit einem Federstrich müssen nun Lehrinhalte eliminiert werden, die oft höhere Aktualität und Relevanz haben als so mancher Pflichtfachlehrinhalt.

Die denkbar schlechteste Zeit, über die

## Europäische Union

sinnvolle Gestaltung von Studien nachzudenken, selbst wenn man wie ich konstatiert, daß ohne Budgetdruck dieses Nachdenken wohl kaum in Gang zu bringen ist, außer man erwartet sich vom Universitätsstudiengesetz genug und nicht nur sanften Reformdruck.

Die vom Ministerium angebotene Option der Flexibilisierung in der UT 7 als „Erleichterung“ (Ausweichen in den Gastprofessorenanteil der UT7) ist wohl so keine echte Erleichterung angesichts der bereits gefaßten Beschlüsse und der Tatsache, daß in die 10% Quote alle notwendigen Supplierungen und die Sonderkontingente manövriert wurden, sofern sie dort überhaupt bedeckbar sind.

Die wahren Einsparungsquoten sind daher im Grunde viel höher als 10% und sind ebenso in Stunden umgerechnetes Schwindelbudget wie die UTO.

Da auch die Summen an Kollegiengeld für sogenannte nicht remunerierte Lehraufträge eingefroren wurden, lassen sich letztlich auch remunerierte nicht in nicht remunerierte Lehraufträge umwandeln.

Als Mitverhandler der großen Runde weiß man bald nicht mehr, wofür man sich mehr prügeln wird lassen müssen. Für die 30% Einkommenskürzung, für die Regelung 17% Einkommenskürzung bei gleichzeitiger Reduktion des Lehrangebotes um 15% oder für die scheinbare Entlastung des Kontingendruckes auf die Quote von 10%, die in Wahrheit viel höher liegt, wobei niemand genau weiß, wie hoch, oder für die Ansicht, daß im Grunde gespart werden muß und das auch mit einiger Anstrengung erreichbar sein müßte. Wofür man mit Recht geprügel werden kann, ist, wenn man be-

hauptet, daß es mit diesen Vorgaben möglich sei, Studien sinnvoll zu reformieren.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit des Sparens wird es in zunehmendem Maße schwieriger, Verhandlungsergebnisse als relative Erfolge an den Hochschulen zu verkaufen.

Die Botschaft muß vielmehr sein: Reduktion der Gelder bedeutet auch Reduktion des Leistungsangebotes der Hochschulen. Die Verantwortung dafür tragen nicht die Hochschullehrer, sondern die, die diese Fehlpolitik betreiben.

Mag. M. Herbst  
(Institut für Werkerziehung,  
Akademie der bildenden Künste, Wien)

## EU-Projekte - t Zwischenbil

Hans Mikosch

Mit großen Erwartungen und auch großen Hoffnungen nutzten Dutzende österreichische Forschergruppen die neuen Möglichkeiten, sich im Rahmen von Forschungsförderungen der europäischen Gemeinschaft um Mittel für die Weiterführung oder den Neubeginn eigener und gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeiten zu bewerben.

Einer dieser neuen Bereiche ist TMR, 'Transfer and Mobility of Researchers', der 4. Tätigkeitsbereich des 4. Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung für die Jahre 1994 bis 1998. Dieser thematisch nicht eingeschränkte Teil für die Natur- und Ingenieurwissenschaften, für wissenschaftliche Forschung in Wirtschaft und Management ist eine Weiterentwicklung anderer, früherer Programme der europäischen Gemeinschaft wie 'Human Capital and Mobility' (1992-94), 'Stimulation' (1983-88), 'Science' (1988-92), 'Access to Large Installations' (1989-92) und 'SPES'

('European Stimulation Plan for Economic Science', 1989-92) und soll in dessen Bereich beitragen zu den Vorhaben der Gemeinschaft in der Forschung, der technologischen Entwicklung und der Darstellung ihrer allgemeinen Politik. Dieses 4. Rahmenprogramm ist insgesamt ausgestattet mit 12,3 Mrd. ECU (163,6 Mrd. öS) und einer allfälligen Überziehungsreserve von weiteren 700 Mio. ECU; davon entfallen aber nur 744 Mio. ECU oder 6,1 % auf TMR. Dessen detaillierte programmatische Aufgaben sind wiederum in drei Teile geteilt, und zwar Forschungsnetzwerke, Zugang zu Großforschungsanlagen und Ausbildung durch Forschung. Dadurch sollen u.a. ein System von Eurokonferenzen für den Kontakt junger Forscher mit führenden Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen entwickelt werden, Übungskurse in Laboratorien oder der Industrie organisiert werden, um Forscher mit neuen Methoden und Techniken vertraut zu machen, Preise ausge-

schrieben werden für Nichtgraduierte oder für Wettbewerbe junger Wissenschaftler an Höheren Schulen, Finanzierungshilfen darstellen für die Erhebung der ökonomischen und sozialen Auswirkungen und der möglichen technologischen Risiken, sowie für verschiedene Unterstützungsmaßnahmen zugunsten weniger entwickelter Regionen.

Für verschiedene Teilbereiche wie z.B. die Netzwerke, also für grenzüberschreitende Projekte, liegen erste Berichte über die Auswertung und die Zuteilungen vor: Von den zur Bewertung zugelassenen 1427 Projektanträgen wurden 91 bewilligt (EU-weit), das entspricht mit 6,4% Zuweisungsrate ungefähr der Vorgabe von 6%, und bei einem dafür vorgesehenen Budgetvolumen von 150 Mio ECU einer durchschnittlichen Förderung von 1,64 Mio ECU. Typischerweise besteht solch ein bewilligtes Projekt aus 8 Partnern und hat eine Laufzeit von mehr als 3 Jahren,

womit sich ein Finanzierungsvolumen von 60.000 ECU pro Jahr und Partner oder ca. 2.200 Mann-Monate ergeben.

Die Bewertung erfolgte fachbereichsmäßig durch Wissenschafterteams von ca. 30 Mitgliedern, wobei der Vorsitzende in einem mehrstufigen Verfahren im Schnitt 3 Gutachten pro Antrag einholt, für diese Gutachten ca. ein Monat Bearbeitungszeit zur Verfügung stehen, aber doch max. 25 Proposals pro Gutachter auftreten können. Die ersten Sitzungen der Bewertungsgruppe werden zu einem internen Meinungsaustausch aller Mitglieder verwendet, um annähernd gleichwertige Bewertungskriterien zu erzielen. Eine mögliche Kriterienliste könnte sein: bestmögliche Namen der Bewerber, Industriekontakte, wo es die Themenstellung erfordert, die Forschungszusammenarbeit soll aus dem Antrag klar hervorgehen, ein hohes Niveau im Netzwerk abdecken und synergetisch für das Thema sein. (Diese Auflistung kann aber nur beispielhaft gewertet werden, da die Mitglieder der Gruppe für jeden Bewerbungstermin großteils ausgetauscht werden, jedenfalls der

Vorsitzende gewechselt wird, und die Gruppe bei der Festlegung ihrer Kriterien autonom ist.) Im konkreten Fall ist die Vergabe der Projekte geheim bis zur mehrtägigen Schlußsitzung.

Den letztendlichen ausgewählten Anträgen muß ohne Einschränkung höchstes Niveau zugesprochen werden, aber auf Grund der niedrigen Zuweisungsrate von 6% ist auch der Unterschied zu den nächsten Anträgen in der Reihung extrem knapp und durch ein zur Anwendung gelangendes Punktesystem doch auch zufallsbehaftet. Die Bewertung erfolgt in vier Gruppen: Zuweisung incl. Warteliste, Rückverweisung an den nächsten Einreichtermin mit geringen bzw. beträchtlichen Änderungen, Ablehnung. Eine Begründung der Position in der Reihe erfolgt nicht, auch nicht für die 'Warteliste'; der Projektleiter erhält nur eine Detailwertung der einzelnen Gruppen.

Es wird angestrebt, die Zuweisungsrate auf ca. 15% zu erhöhen, über die Methoden dafür gibt es aber unterschiedliche Ansichten. So würde zwar eine Verbindung der nächsten beiden

Einreichtermine zwar u.U. **die Zuweisungsrate erhöhen, aber das Gesamtprogramm dafür auch rascher beenden.**

Insgesamt zeigt sich im Vergleich eine überdurchschnittliche Vertretung österreichischer Forscher, was deren Niveau ein durchaus positives Zeugnis ausstellt. Ein quantitatives 'Rückholen' des österreichischen Beitrags zum Forschungsbudget der EU kann aber derart sicher nicht erreicht werden. Es entspricht so durchaus der Erfahrung deutscher Kollegen, daß grundlegende Forschungsrichtungen durch nationale Mittel gefördert und gesichert werden müssen, um auf dieser Basis effektiv internationale Fördermittel der EU zusätzlich einwerben zu können.

online-Informationen gibt's unter <http://www.cordis.lu/> und <http://www.cordis.lu/tmr/home.html>

[Ass.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hans Mikosch](#) (Institut für Allgemeine Chemie, TU-Wien)  
[E-Mail: Hans.Mikosch@tuwien.ac.at](mailto:Hans.Mikosch@tuwien.ac.at)

## Verwaltungsakademie des Bundes und Europaakademie

Die Verwaltungsakademie des Bundes veranstaltet ab Anfang September 1996 den neunten postgradualen Lehrgang zur europäischen Integration für die öffentliche Verwaltung.

Wesentliche Elemente dieses gemäß § 40a des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes anerkannten Lehrgangs sind EU-Seminare, Verhandlungs- und Sprachkurse sowie internationale Studienaufenthalte.

**Durchführung:**  
Der Lehrgang wird in zwei Teilen, einem Grundlehrgang (2.9. bis 25.10.1996) und einem Erweiterungs- und Vertiefungslehrgang (28.10. bis 10.12.1996) durchgeführt. Es kann entweder der gesamte Lehrgang besucht werden, oder nur einer der beiden Teile: für den zweiten Teil werden die entsprechenden Kenntnisse (EU-Recht, Institutionen, Entscheidungsprozesse, ökonomische Integrationswirkungen) vorausgesetzt.

**Zielgruppe:**  
Bundesbedienstete - nach Maßgabe freier Plätze auch Landes- und Gemeindebedienstete sowie In- und AusländerInnen, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, die eine Tätigkeit

mit Europa bezug anstreben, und zwar in der österreichischen Verwaltung oder bei den Institutionen der EU.

**Teilnahmevoraussetzungen:**

\* abgeschlossenes Hochschulstudium  
Englisch- und Französischkenntnisse; zumindest eine dieser Sprachen fließend.

**Bewerbung:**

\* ausgefülltes Bewerbungsformular,  
• Aufnahmegespräch an der Verwaltungsakademie

**TeilnehmerInnenzahl:**  
maximal 24

**Kursgebühr:**  
(nur für Nicht-Bundesbedienstete): öS 90.000;  
bzw: öS 45.000,- je Teil

**Reisekosten:**  
(Fahrt- und Nächtigungskosten der beiden Auslandsreisen): öS 25.000,-

**Zeit:**  
2. September bis 20. Dezember 1996  
bzw. 2. Sept. 1996 bis 25. Okt. 1996 (Teil 1)

und 28. Okt. 1996 bis 20. Dez. 1996 (Teil 2)

**Bewerbungsschluß:**

10. Juli 1996

Das Bewerbungsformular, eine Broschüre mit näheren Informationen über die Europaakademie sowie darüber hinausgehende Auskünfte sind erhältlich bei der

Verwaltungsakademie des Bundes  
Europaakademie  
Anton Hueber-Haus  
Leischinggasse 4  
1140 Wien  
Tel.: 979 64 84 oder 979 15 01  
Fax: 979 64 84-10 oder 979 15 01-35

# Trotzdem!

Zur Lage an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien

Walter Schollum

Was soll man von den Worten der Politiker halten, wenn sie binnen kürzester Zeit in aller Öffentlichkeit ihre Meinung diametral ändern? Dieser verärgerte Gedanke ist nicht neu und hat in seiner Trivialität eine lange Geschichte. Politik ist eben so. Dennoch ist diese Tatsache gerade im Zusammenhang mit den Belastungen für die Hochschullehrer besonders ärgerlich, da die in den Medien verkündete Flexibilität bei den Einsparungen (Minister Klima betonte im Fernsehen, es sei ihm egal, wo eingespart wird, nur die Summe müsse stimmen) in weiterer Folge von einer völligen Unflexibilität abgelöst wurde. Alternativen werden gar nicht ernsthaft in Betracht gezogen, die etwa 400 Millionen Schillinge müssen unbedingt bei den Lehrbeauftragten eingespart werden. Weder sachliche, noch soziale Argumente läßt man gelten. Das Angebot, statt ursprünglich etwa 29% Kürzung der Lehrauftragsremuneration „nur“ 17,3% plus 10% Kontingentsreduktion vorzunehmen, ist eigentlich eine Frechheit. Wenn es ehrlich zügige, sollten die Politiker dazu stehen, daß sie ganz bewußt das Einkommen der HochschullehrerInnen bei gleicher Leistung verringern wollen. Und daß sie dies zu einem Gutteil zu Lasten der Schwächsten in der Hochschullehrergemeinschaft tun wollen. Allerdings wäre es fair, wenn man dann Übergangsregelungen fände, die den Betroffenen genügend Zeit ließen, eine andere Lebensgrundlage zu suchen. Die angesprochene Problematik betrifft die Universitäten und Kunsthochschulen allgemein, aber sicherlich in verschieden starkem Ausmaß. Als Beispiel einer besonders stark betroffenen Institution sei die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien angeführt. Auch nach der Existenzlektorenaktion des vergangenen Jahres gibt es hier in manchen Bereichen eine große Zahl externer Lehrbeauftragter. Die Ursachen dafür liegen sowohl in der ungenügenden Ausstattung mit

Planstellen wie auch in den speziellen Strukturen der Studienpläne. Es ist beispielsweise nicht möglich und aus Sparsamkeitsgründen auch nicht sinnvoll, etwa für selten belegte Hauptfachinstrumente Klassen künstlerischer Ausbildung zu installieren. Gerade hier schlägt aber das Sparpaket mit voller Härte zu. Im Unterschied zu den Universitäten wird an den Musikhochschulen der Unterricht in großem Ausmaß als Einzelunterricht oder Kleingruppenunterricht (z.B. Ensembles) abgehalten. Man kann dabei nicht einsparen, indem man Lehrveranstaltungen zusammenlegt und mit größeren Teilnehmerzahlen abhält. Man kann auch nicht die Betreuungszeit für den einzelnen Studierenden ohne Schaden für die Qualität der Ausbildung reduzieren. Die einzige Alternative wäre die Reduktion der Studierenden. Was das für den künstlerischen Nachwuchs unseres Landes bedeutet, kann man daran ermessen, daß schon heute die großen Orchester den Mangel an heimischen NachwuchsmusikerInnen beklagen. Verschärfend wirkt sich an der Wiener Musikhochschule der Umstand aus, daß bei der Deckelung der Personalausgaben auf dem Niveau 1995 die schon angesprochene Existenzlektorenaktion nicht berücksichtigt wurde. Statt der durch die Biennalsprünge erzwungenen allgemeinen Personalreduktion von rund 2,3% pro Jahr, erhöht sich dieser Prozentsatz dadurch auf etwa 10%! Ein derart großes Einsparungsvolumen ist auch bei völligem Verzicht auf die Nachbesetzung aller frei werdenden Stellen im Lehr- und Verwaltungsbereich nicht zu realisieren. Gegen diese Situation haben die LehrerInnen in einer Vielzahl von Dienststellen- und Gewerkschaftlichen Betriebsversammlungen protestiert. Neben größeren Demonstrationen wurden verschiedene Aktionen organisiert, die auf die unhaltbare Lage aufmerksam machen und das Einlenken der verantwortlichen Politiker und Mini-

sterialbeamten bewirken sollten. Deren schon oben beklagte unflexible Haltung hat aber bis jetzt keine sachlichen Fortschritte gebracht und bei Studierenden und Lehrenden Frustration aufkommen lassen. Trotzdem werden wir weitere Aktionen planen und durchführen. Nicht, weil es uns Vergnügen bereitet - alle HochschullehrerInnen würden sich lieber um die ihnen anvertrauten Studierenden kümmern oder ihre Zeit fruchtbarer Tätigkeiten widmen - sondern in der Überzeugung, daß man sich wehren muß, daß Ungerechtigkeit und falsche Entscheidungen nicht widerspruchslos hingenommen werden dürfen. Wer schweigt, stimmt letztendlich zu und rechtfertigt die Taten der Mächtigen. Wir fordern deshalb alle anderen Universitäten und Kunsthochschulen auf, in ihrem Einsatz für sinnvolles Sparen nicht zu erlahmen und weiterhin einzelne oder gemeinsame Aktionen auch zur Stärkung unserer in die Verhandlungen involvierten Vertreter durchzuführen.

[Ass.-Prof. Mag. W. Schollum](mailto:t0061dab@vm.univie.ac.at)  
(Abteilung f. Musikanalytik, HS f. Musik  
und darstellende Kunst, Wien  
E-Mail: [t0061dab@vm.univie.ac.at](mailto:t0061dab@vm.univie.ac.at))

# Stell Dir vor es ist Protest und all eher hin!

Eine Innensicht des Österreichweiten Protestkomitees

Günter Lueger

Die Vorgeschichte:  
Anfänge des Protestes

Mo. 26. Feb. 1995, ein kalter, aber sonniger Spätwintertag, 12.00 Uhr:  
Es ist der erste Tag des Sommersemesters der WU. Gerda Bohmann und ich sind gerade auf dem Weg zu einer Versammlung von aufgebrachtten Assistenten an der WU, die sich spontan gebildet hatte und die uns in unserer Funktion als Assistentenvertreter an der WU angerufen hatten, daß wir auch zu dieser Versammlung kommen sollten. Wir kommen gerade von einer Sitzung des Vorstandes des Assistentenverbandes der WU, bei der wir die Hiobsbotschaft von den dramatischen Auswirkungen des universitären Sondersparpaketes irritiert zur Kenntnis genommen und erste Schritte überlegen hatten.

Wir trabten durch das Gelände der WU, noch wußten wir beide nicht, daß uns in dieser Versammlung ein recht aggressives Klima erwarten sollte; auch wußten wir damals nicht, daß die nächsten Stunden der Beginn einer Protestbewegung sein würden, wie sie der Mittelbau in Österreich bisher nicht gekannt hatte und noch wußten wir nicht, daß wir beide in den nächsten sechs Wochen (gemeinsam mit vielen anderen) Tag und Nacht miteinander verbringen würden; wir wußten auch nicht, daß wir uns in den nächsten Monaten durch Situationen schlagen würden, die wir uns jetzt kaum zutrauen würden; und daß wir eine Menge lernen würden.

In der Sitzung empfangen uns ca 40 Assistenten und zwei Professoren, die schon mitten in der Diskussion waren, uns skeptisch begegneten (weil sie glaubten, wir hätten die Informationen schon länger gehabt, aber nichts getan) und eine sofortige Assistentenversammlung verlangten, wo ein Streik beschlossen werden mußte. Gerda und

ich argumentierten gegen eine überhastete Vorgangsweise, mußten aber vorsichtig sein, nicht von den Emotionen überrollt zu werden.

Gleich danach: eine Sitzung mit dem Rektor und dem Dienstenausschuß.  
Grundtenor:  
Wenn wir jetzt nicht etwas tun - wann dann?

Die Assistentenversammlung wird für Mittwoch, den 28. Feb. einberufen. Eine Gruppe von Leuten aus dem Assistentenverband und dem Dienstenausschuß bildet sich, Jörg berechnet die Einkommensverluste, die Sitzung wird vorbereitet, Pläne werden gemacht..... - das Protestingenspiel beginnt sich zu drehen.

Eine - retrospektiv gesehen - der wichtigsten Aktionen wird gesetzt: Wir schaffen eine neue Struktur außerhalb der bestehenden Universitätsstruktur. Rektor Otruba - der uns auch insgesamt stark unterstützte - sagt uns einen Raum und ein Telefon zu. Am Mittwoch, den 28. Feb. "eröffne" ich mit Johanna und Ursula das "Protestbüro": wir stehen in einem winzigen leeren Raum, bewaffnet mit Büromaterialien (und wissen noch nicht, daß dieser Raum das "Herzstück" einer Protestzone sein wird, wo nur wenige Tage später das Österreichweite Protestkomitee gegründet werden wird). Das EDV-Zentrum schleppt PCs heran und mittels einer der ersten E-mails im Hause haben wir binnen Minuten drei Angebote für ein Fax-Gerät (binnen weniger Tage werden es dann drei Räume, vier PCs, zwei Fax-Geräte und zwanzig, oft fast dreißig Leute sein, die wie in einem Ameisenhaufen durch die Gegend sausen).

Ein Kollege richtet im Internet ein Programm zur Berechnung der persönlichen Einkommensverluste und eine Horne-Page ein - eines der wichtigsten

Kommunikationsinstrumente der ersten Tage der Protestbewegung.

In der Assistentenversammlung sind über 60% der Assistenten da, die Stimmung ist geladen: Ergebnis und Beschluß: Sollte bis zum folgenden Montag das Ministerium die angedrohten Maßnahmen nicht zurücknehmen, so werden an der WU die Lehrveranstaltungen ausgesetzt.

Jetzt ist die WU mobilisiert. Im Protestbüro macht sich Hektik breit. Die Kollegen in den Instituten wollen Infos, wie es jetzt weitergeht, Argumente und Strategien werden eingebracht, Protestaktionen von Kollegen, aber auch von Professoren und Instituten werden angekündigt. Die Journalisten sind ständig präsent.

Dann: Einer Abordnung von vier Leuten vom WU-Protestbüro wird ein Termin beim Minister für den Donnerstag angeboten. Gerda, Hannes, Ronny und ich gehen hin, gespickt mit Argumenten (zwei Kollegen laufen uns auf dem Weg zur U-Bahn noch nach, um uns die aktuellsten Rechenergebnisse noch mit auf den Weg zu geben). Vier Stunden verbringen wir im Ministerium und schlagen uns die erste Zeit ganz gut; dann spüren wir aber auch deutlich, daß wir in die Details der Materie doch noch nicht gut eingearbeitet sind. Scholten macht ein Angebot zur "Beruhigung" des Protestes: Assistenten können für zwei Jahre auf 70% der alten Remunerationssätze aufgestockt werden (wobei dies aber durch Streichung von Lehraufträgen finanziert werden müßte), und auch die Sätze des neuen "§53" könnten noch um ein paar Prozent höher ausfallen. Scholten will eine Verwendungszusage von uns. Wir sollen bei der für Montag anberaumten Versammlung der Universitätslehrer diese Vorschläge einbringen und "positiv" berichten. Wir geben eine Antwort, die mehrdeutig genug ist, um

## Protestkomitee

nichtvollkommen festgenagelt zu sein. Ich bin froh, als ich wieder aus dem Ministerium draußen bin und weiß eines: auf solche Dinge muß ich mich in Zukunft etwas besser vorbereiten.

### 2. Protestwoche

Montag, 4. März, der Beginn der zweiten Protestwoche: Versammlung der Universitätslehrer der WU im Festsaal: Es sind dreihundert Leute da. Wir, das Kernteam, das im Ministerium war, sitzen am Podium, wissen nicht, wie es ausgehen wird und haben zwei Beschlußanträge vorbereitet: einen, der den "Streik" aufschiebt und einen zweiten, eben den "Streik"beschluß. Wir bringen die Berichte ein: Wir erzählen vom Termin im Ministerium, der Rektor spricht kurz zur Einschätzung der Situation und ein Gewerkschafter argumentiert das Sparpaket aus seiner Sicht. Im Berichtsteil des Gewerkschafters gehen die emotionalen Wogen hoch: die Stimmen bei den Wortmeldungen zittern, die Leute toben bei einzelnen Aussagen des Gewerkschafters. Prof. Ewald Nowotny versucht, den Gewerkschafter zu unterstützen und erntet eisige Ablehnung.

Hannes moderiert den Hexenkessel als wäre es Routine für ihn. Zu diesem Zeitpunkt ist uns klar: Der Würfel ist gefallen. Wir bringen den Antrag auf Streik ein. Änderungen werden eingebracht. Ich lese, die Änderungen zusammenfassend, den Beschlußantrag zur Abstimmung vor. Als ich meinen Blick von den Unterlagen hochricthe, sehe ich schon alle Hände in der Höhe (fast alle haben beide Hände in der Höhe!) und die Leute trampeln mit den Füßen auf den Boden. Der Beschluß zum Aussetzen der Lehrveranstaltungen ist gefaßt.

Ich ziehe mich mit Ronny zurück, um den Beschluß noch schnell in Ruhe zu tippen und vervielfältigen zu können - die Presse und der ORF warten schon. Richard versammelt die Kollegen, die mitarbeiten wollen und schafft Strukturen für unsere weitere Arbeit: es werden Dienstpläne für ein Sekretariat und für regelmäßige Sitzungen des WU-Protestbüros erstellt, Kompeten-

zen werden definiert (Kommunikation mit Instituten, Kommunikation mit ÖH, Information von Politikern und Entscheidungsträgern, Internet, Berechnungen... ) und Personen und Arbeitsteams zugeordnet. Wieder wird eine der ganz wichtigen Entscheidungen gefällt - es gibt zwei, und nur zwei Presseberechtigte: Gerda Bohmann und Hannes Schnitzer - ab jetzt "spricht" die WU mit zwei akkordierten Stimmen und nicht mit vielen, wo jeder das sagt, was ihm/ihr gerade wichtig ist.

Ronny und ich kommen zurück. Im Protestbüro ist nicht mehr nur Hektik: jetzt ist die Hölle los. Gerda steht schon vor der Kamera für die ZIB 1 und Hannes "bedient" die Presse-Journalisten. Das Telefon läuft heiß, die eingehenden E-mails können oft gar nicht mehr alle gelesen werden, erste Solidaritätsbekundungen vom Institut für Psychologie und Soziologie der Uni Wien und aus Linz gehen ein. Ronny und Werner testen in dieser und der nächsten Woche ihre Frustrationstoleranz und sprechen gemeinsam mit einigen anderen, ausgerüstet mit Unterlagen, bei allen möglichen Politikern vor.

Zwei Tage später wird eine Sitzung des obersten Gremiums der WU einberufen. Es werden fünf Forderungen gegenüber dem Ministerium gestellt. Sollten diese erfüllt werden, wird das Aussetzen der Lehrveranstaltungen beendet. Die Professoren lassen diesen Antrag aber nur unter der Voraussetzung zu, daß der Streik maximal noch zehn Tage dauern darf. Also: Nach außen Solidarität der Professoren für zehn Tage, nach innen ein deutliches Signal, daß die Professoren (bis auf wenige Ausnahmen) den Protest nur dulden - aber nicht mehr lange!!

Die Idee - das Österreichweite Protestkomitee:

Die schleichende Vernetzung mit den anderen Unis und Kunsthochschulen begann schon in der Woche vor dem Aussetzungsbeschluß (meinen Unterlagen nach erstmals schon am 29. Feb. ). Es kommen viele Anfragen herein, wie die Situation an der WU denn wirklich

ist, wie hoch die Einkommensverluste sind u.v.m. Unsere mittlerweile ganz gut ausgearbeiteten Unterlagen, die Organisation mit den relativ klaren Zuständigkeiten und das Internet helfen uns: Wir schicken unzählige "Informationspakete" per Fax aus und geben die Internet-Adresse des "Einkommensverlustprogrammes" weiter. Kurzum: wir verteilen über die genannten Medien so ziemlich alles, was wir haben - und das war zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr so wenig.

Ich telefoniere zunehmend mehr in diesem Zusammenhang mit anderen Unis, und eines wird mir recht schnell klar: das österreichweite Timing stimmt nicht. Wir an der WU sind bereits in der heißen Phase und andere Unis und Kunsthochschulen stehen erst ganz am Anfang.

Und: wir an der WU haben den Druck von den Professoren, am Ende der nächsten Woche den Protest einzustellen. Wie würde das auf die anderen Unis wirken, wenn die ersten aus der Protestbewegung schon wieder aussteigen, wo die anderen zum Teil noch nicht wirklich eingestiegen sind? Außerdem konnte ich in einer Reihe von Telefonaten deutlich spüren, daß massive Vorbehalte und Skepsis der WU gegenüber vorhanden waren, die sich von Gespräch zu Gespräch verflüchtigten, und nicht selten konnte ich deutliche Anerkennung durchhören.

Die Schlußfolgerung: wir müssen den Protest österreichweit aufbauen, uns intensiv vernetzen, dann können wir, nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Und wir an der WU könnten dann auf eine vielleicht flächendeckende Protestbewegung hinweisen, was die Hürde an der WU zum Ausstieg erhöhen würde.

Ich beginne vorzufühlen. Zuerst bei Barbara in Linz und bei Fredi und Anneliese in Graz, dann an der Uni Wien bei Weigel und dann bei Uli...

Dort waren zu diesem Zeitpunkt noch tendenziell Einzelkämpfer/innen mit sehr kleinen Teams am Werk, die den Vorschlag sofort positiv aufnehmen.

Die informelle Konstituierung erfolgt durch das folgende [Mail: Zeit](#) 63. 17 Uhr 27

Tu: gutschl(a)jkunigraz.ac.at  
From: Protestbüro <protest@wu.wien.ac.at>  
Subjett: Österreichweites Protestkomitee

Lieber Fredi,  
ich hab gerade mit Barbara Trost in Linz telefoniert und wir haben beschlössen; ein österreichweites Protestkomitee ins Leben zu rufen. Ich habe Deinen Namen genannt als Vertreter der Universität Graz in diesem Komitee.

Ist das okay  
Wir Nahen vereinbart, täglich - beginnend mit morgen - punkt 12.00 Uhr zu telefonieren. Ich werde bis morgen versuchen, an der WU Wien eine Konferenzschaltung aufzubauen.

Könntest du bitte an der Uni Innsbruck und an der TU Graz jemanden finden, der ebenfalls in dieses Komitee als Vertreter entsandt wird

Melde Dich bitte möglichst bald.  
Liebe Grüße,

G. Lueger  
Wu-Protestkomitee

Wir übernehmen an der WU die Funktion der Koordination, ebenso die Planung der ersten Sitzung des Österreichweiten Protestkomitees. Die BUKO stellt mir eine Liste von Telefonnummern der Assistentenvertreter Österreichs zur Verfügung, mit deren Hilfe ich versuche, neue Mitglieder zu akquirieren (was aber bei den meisten nicht sehr schwer war). Wir schicken über einen E-mail-Verteiler die Beschlüsse und Aktivitäten der Unis an alle anderen weiter, die sich der Österreichweiten Protestbewegung angeschlossen haben. Wir verdichten die Informationen und schicken einen (fast) täglich aktualisierten Stand der Protestaktivitäten (für Insider: die E-mails beginnend mit "Liebe Leute in den Bundesländern"). Durch die Telefona-

te ist es auch möglich, die weiteren Aktivitäten für die nächsten zwei, drei Tage an den einzelnen Unis mit den jeweiligen Erfolgswahrscheinlichkeiten zusammenzufassen und weiterzugeben.

Dadurch entsteht eine laufende Erfolgsgeschichte (zumindest aus unserer Sicht): Täglich gibt es neue Beschlüsse von Dienststellen-, Universitätslehrerversammlungen. Der Protest, der sich bisher vor allem auf die SOWI-Fakultäten, die GRUWI der Uni Wien konzentriert hatte, greift täglich auf andere Fakultäten (juridische Fakultäten, Geowis) über. Die Uni Klagenfurt und die Innsbrucker steigen voll ein (letzte hatten kaum Informationen und formieren sich meinem Gefühl nach binnen Stunden). Die Uni Salzburg ist die erste, wo alle Fakultäten geschlossen die Lehrveranstaltungen aussetzen. Die "Angewandte", die Kunsthochschule Linz und die Musikhochschulen steigen in der zweiten Protestwoche ein. Auch gehen Beschlüsse der Senate bzw. der obersten Kollegien ein (WU und Uni Salzburg, die einen zu diesem Zeitpunkt besonders scharfen Beschluß faßt). Ich beobachte auch einen Domino-Effekt: in den Sitzungen an den Unis und Kunsthochschulen wird auf den aktuellen Stand der Protestaktivitäten in Österreich hingewiesen, was schon eine starke Argumentationshilfe darstellt.

Zunehmend melden sich auch KollegInnen, die sich uns anschließen möchten, aber es nicht können, da es Konflikte vor allem mit führenden Mittelbauvertretern an ihren Unis zu geben scheint. Dies betrifft die BOKU, die TU-Wien und teilweise die TU-Graz. Ich bemühe mich, Glaubwürdigkeit aufzubauen (die Vorurteile der WU gegenüber stehen mir auch hier wieder

im Wege), aber es gelingt mir nur zum Teil. Zum ersten Mal kann ich spüren, wie unterschiedlich die Probleme der österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen sind, und mir schwant Fürchterliches für das erste Treffen des Österreichweiten Protestkomitees.

Freitag, B. März: Der Protest der Unis ist gerade erst 10 Tage alt und wir eröffnen die erste Sitzung des Österreichweiten Protestkomitees. Wir haben im Kernteam der WU den Ablauf der Sitzung bis zwei Uhr nachts geplant, Werner hat tolle Unterlagen zusammengestellt. So günstig die Voraussetzungen, so massiv meine Befürchtungen: Für 12 Uhr ist eine Pressekonferenz angekündigt; wird uns eine Einigung auf eine Resolution gelingen? Werden die Unterschiede zwischen den Unis und Kunsthochschulen überwindbar sein? .....Mit dabei sind die Uni Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg, Wien sowie die Angewandte, die KH Linz und die WU. Wir schaffen es, innerhalb von zweieinhalb Stunden eine Position zu erarbeiten, die wir bei der Pressekonferenz auch gut überkriegen. Gleich danach: Formulieren der Presseaussendung und weitere Vorgangsweise. Walter schnappt im WU-Protestbüro seinen Laptop, setzt sich zu uns und tippt die Ergebnisse gleich in den PC. Um 17Uhr30 sitzen die Leute wieder in den Zügen bzw. im Flugzeug und Walter schickt die Presseaussendung durch den Äther. Ich stehe neben Gerda, Hannes und allen anderen im Protestbüro und habe das Gefühl, daß wir einen ganz großen Schritt getan haben, kann es aber in meiner Überforderung nicht mehr sagen. Der Inhalt unserer Presseaussendung faßt die Hauptkritikpunkte und die Resolutionen der Unis der ersten beiden Wochen gut zusammen:

### BUKO-Termin

Das diesjährige Fortbildungsseminar der BUKO findet von 25. bis 27. September 1996 statt, und wird sich mit Budgetfragen beschäftigen. Nähere Informationen im Büro der BUKO bzw. auf der

Homepage: <http://www.xpoint.at/buko/default.htm>

# Protestkomitee

## Protestkomitee zur Rettung der Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen

Am 8. März 1996, 9.00 Uhr, hat sich das österreichweite Protestkomitee der Universitäten und Kunsthochschulen konstituiert. Bisher haben sich Vertreter der Protestbewegung an folgenden Universitäten und Hochschulen angeschlossen:

Hochschule für angewandte Kunst Wien  
Kunsthochschule Linz  
Universität Graz  
Universität Innsbruck  
Universität Klagenfurt  
Universität Linz  
Universität Salzburg  
Universität Wien  
Wirtschaftsuniversität Wien

Wir stellen fest:

### 1. Zur Vorgangsweise des Ministeriums:

Wir wurden über die im Sonderbelastungspaket für Universitäten und Hochschulen vorgesehenen Maßnahmen nicht bzw. zu spät informiert. Das BMVWK predigt Autonomie für die Universitäten und greift zur gleichen Zeit autoritär ein.

Unser Arbeitgeber (das Ministerium) stellt sich damit gegen seine Arbeitnehmer. Er versucht darüber hinaus, die einzelnen Gruppen an den Universitäten und Hochschulen gegeneinander auszuspielen. Das Ministerium verordnet tiefgreifende Strukturveränderungen ohne fundierte Analyse des Ist-Zustandes. Durch die sachlich nicht gerechtfertigte Verquickung von Strukturmaßnahmen mit dem "Sparpaket" sollen diese Maßnahmen ebenfalls unantastbar werden:

### 2. Folgen des Sonderbelastungspaketes für Wissenschaft und Kunst sowie deren Lehre:

AssistentInnen sind in Forschung, Lehre und Verwaltung tätig. In Zukunft sollen wir bei wesentlich geringerem Einkommen, in allen Bereichen noch mehr leisten. Massive Mehrbelastung in der Lehre bedroht die Leistungen in der Forschung. Die Verminderung der Forschungsleistungen bedroht die Karrierechancen der Universitätsangehörigen und die internationale Konkurrenzfähigkeit der Universitäten und Hochschulen. Die eben gewonnene Chance der Teilnahme an EU-Forschungsprojekten wird wieder verspielt! Die Lehrkapazitäten werden massiv beschnitten:

AkademikerInnen ohne Doktorat unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs - dürfen nicht mehr lehren.

Lehrenden "von außen" - notwendig für Innovation und Praxisbezug - wird das Entgelt um ein Drittel gekürzt.

Hochqualifizierte WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen werden den (Universitäten und Hochschulen nicht mehr zur Verfügung gestellt.

3. Folgen des Sonderbelastungspaketes für die Lehrenden an den Universitäten und Hochschulen:

Erstmals in der Geschichte der zweiten Republik soll für eine Berufsgruppe nicht nur eine Null-Lohnrunde; sondern eine Minus-Lohnrunde von existenzbedrohendem Ausmaß zugelassen werden. (Die Einkommenseinbußen würden typischerweise 13 bis 14 % in Einzelfällen noch wesentlich mehr betragen.)

### 4. Zum Verhalten der Gewerkschaft:

Die Gewerkschaft ist nicht berufen, strukturelle Maßnahmen auszuhandeln.

**In Gehaltsfragen, wo sie uns vertreten sollten, haben uns die Gewerkschaftsfunktionäre verraten:**

Wir fordern:

Die Rücknahme des derzeit vorliegenden Entwurfs. Die Berücksichtigung der Interessen der österreichischen Universitäten und Hochschulen und die bisher unterlassene Einbeziehung der Betroffenen. Diese Strukturveränderungen sollen nicht weiter unter dem Etikettenschwindel "Sparpaket" verkauft werden. Die Vorlage einer soliden Datenbasis durch das Ministerium. Erst dann sind wir bereit, eine Strukturdiskussion zu führen.

Wir bekennen uns grundsätzlich zum Sparziel der Bundesregierung. Wir akzeptieren, daß wir durch das allgemeine Sparpaket und durch das Beamtenparpaket einen überdurchschnittlichen Beitrag dazu leisten sollen. Wir akzeptieren nicht den geplanten Anschlag auf das universitäre Bildungssystem.

Das Protestkomitee zur Rettung der Forschung und Lehre an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen ruft in diesem Sinne alle Hochschullehrer dazu auf, für den österreichweiten Aktionstag am 14. März 1996 alle Kräfte zu mobilisieren.

Wir lassen uns nicht mit unfairen Argumenten auseinanderdividieren!

Sprecherinnen des Protestkomitees:  
Dr. Ulrike Fett, Dr. Anneliese Legat  
Universität Wien, Universität Graz  
Tel.: 222/4027601-11 Tel.: 0316/380-3284

## 3. Woche des Protestes:

Mo. den 11. März kommt die erste medizinische Fakultät (Uni Wien) dazu, NAWI-Fakultäten schließen sich an und zu Beginn der Woche sind ca. drei Viertel der Unis und Kunsthochschulen beim Aussetzen der Lehrveranstaltungen mit dabei. Die Bewegung hat ihre Eigendynamik, wir verteilen an der WU weiter die Infos, die sich jetzt zunehmend auf Protestaktivitäten beziehen (Demos, medienwirksame Aktionen wie z.B. die "Katzenmusik der Musikhochschule Wien am Minoritenplatz, wo angeblich die Luster im Ministerium gewackelt haben sollen). Es ist die Woche mit dem Österreichweiten Aktionstag und den österreichweiten Großdemos (Donnerstag der 14. März). Die Uni Wien beschließt in einer Dienststellenversammlung am selben Tag das Aussetzen der LV - damit ist die ganze Uni Wien dabei!!

Ebenfalls in dieser Woche beginnen die Einzelgespräche des Ministeriums mit den Unis, aber unserer Information nach läßt sich niemand auseinanderdividieren. Einzelne Unis wie die Klagenfurter oder die "Akademie" in Wien nehmen die "Einladung" gar nicht an und die Uni Wien bricht sogar das Gespräch mit Höllinger ziemlich unhöflich ab (das war aber genau genommen erst in der nächsten Protestwoche). Alle Kunsthochschulen sind mittlerweile Mitglied des Österreichweiten Protestkomitees.

## 4. Woche des Protestes:

Für Di. 19. März ist der Koordinationsausschuß der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst anberaumt, in dem über einen Streikbeschluß der Gewerkschaft beraten werden soll und an der alle Vertretungsinstitutionen der Universitätslandschaft eingeladen sind. Bis Montag ist aber keine Einladung an das österreichweite Protestkomitee eingegangen.

Die BUKO interveniert für unsere Teilnahme bei Dohr. Auch ich rufe Dohr an, um uns hineinzureklamieren.

Er dürfte uns eher für Protest-Rabauken halten, denke ich mir im ersten Teil der Gesprächs. Nach einer Dreiviertel-

stunde sagt er uns eine Teilnahme zu.

Dienstag mittags: Vorbesprechung von BUKO, Österreichweitem Protestkomitee und ULV in der BUKO. Wir erarbeiten trotz eines Bremsers eine gemeinsame Resolution und marschieren in die Gonzagagasse zur Gewerkschaft. Die Stimmung dort ist naturgemäß uns gegenüber geladen. Wir laden aber auch unseren Protest dementsprechend ab. Aber: ein - bereits schriftlich vorliegender - Streikbeschuß wird uns in die Hand gedrückt: wenn das Ministerium fünf Punkte bis 15. April nicht erfüllt, wird ein Streikantrag an die GOD gestellt. Und es fallen Sätze wie: "Die Gewerkschaft hat die Situation falsch eingeschätzt", "Die Gewerkschaft ist lernfähig..."!

Am selben Dienstag nachmittag 15Uhr: **Gloria und ich rasen von der Gonzagagasse zur zweiten Sitzung des Österreichweiten Protestkomitees** (mittlerweile sind außer der BOKU alle Unis und Kunsthochschulen dabei- wenn sie auch nicht alle anwesend sind).

Wir sind etwas überrascht über den Beschluß der Gewerkschaft und verfassen eine Resolution, daß Verhandlungen über die Rücknahme der bekämpften Novellen aufgenommen werden müssen und daß das Österreichweite Protestkomitee eingebunden sein muß. Van der Bellen kommt bei dieser Sitzung vorbei, sagt seine Unterstützung zu; aber seine Aussagen über unsere Erfolgsaussichten und sein Gesichtsausdruck beunruhigen mich sehr (zu Umecht - wie ich heute weiß).

In dieser Woche erreichen die Protestmaßnahmen den Höhepunkt: Die Lehre "steht" in ganz Österreich bis auf ganz wenige Ausnahmen, Resolutionen schwirren durch das Internet und die Geräusche der Fax-Geräte und der bunten Aktionen untermalen den Protest-"Chor". Doch: "Wenn die Sonne am höchsten steht, beginnt die Nacht", wie die Chinesen (oder wer auch immer) sagen!

Am Freitag geht die erste "Frustr-E-mail" ein. Die Kolleginnen in Klagenfurt bedanken sich "für Alles", sie werden am Montag in der Universitäts-

lehrrerversammlung wohl den Beschluß fassen, die Lehre aufzunehmen.

Ich spüre beim Lesen einen Stein im Bauch.

5. Woche des Protestes - die Woche vor den Osterferien

Für Freitag, den 29. März, ist eine Verhandlung zwischen Ministerium und allen Interessensvertretungen - auch mit uns - anberaumt, wo über die Aussetzung der Novellen beraten werden soll. Ich glaube, daß das Ministerium bis jetzt den Eindruck hat, daß die Protest-"Mauer" österreichweit steht. Dem war aber nicht ganz so! In der vierten Woche sind bei Telefonaten zunehmend Zweifel aufgekommen, ob das Aussetzen der Lehrveranstaltungen in der Woche vor Ostern noch aufrechtzuerhalten ist. Es sind für Montag Sitzungen in Innsbruck, Linz, Graz, WU-Wien, Klagenfurt anberaumt. Was würde passieren, wenn zwei, gar drei Unis den Lehrveranstaltungsstreik beenden würden? Die Gefahr ist groß, daß andere dann auch "umfallen" würden. Und die Presse wartet ja seit einiger Zeit schon darauf. Ich bin mir sicher: Ein Beschluß, das Aussetzen zu beenden, genügt und Stunden später ist es überall zu hören.

Unglücklicherweise tagen die Klagenfurter am Montag um 9 Uhr und die meisten anderen erst zeitlich später. Sonntag Nacht, 22.00 Uhr, schicke ich noch eine E-mail nach Klagenfurt (nach einer Telefonrunde über die Lage der einzelnen Unis) mit all den Argumenten, die sich im Protestbüro noch zusammenkratzen lassen (wir hatten Gott sei Dank auch eine Arbeitsgruppe "Überzeugungsarbeit"), um die Klagenfurter zu "spicken". Ob dieses E-mail rechtzeitig angekommen ist, weiß ich bis heute nicht. Nur: Montag mittags erreicht uns die Info, daß in Klagenfurt weiter ausgesetzt wird (33 Stimmen dafür, 30 dagegen). Auch wir an der WU haben um diese Zeit schon einen Beschluß für die weitere Aussetzung. Beide Beschlüsse gehen als E-mails raschest hinaus. Ab diesem Zeitpunkt war es klar, daß das Aussetzen der LV bis Ostern weitergeht. Meiner

Meinung nach eine der heikelsten Phasen der Protestbewegung war damit vorüber - die Voraussetzungen für den Verhandlungstermin am Freitag somit günstig.

Im weiteren Mittelpunkt dieser Woche steht die Nominierung der Vertreter des Österreichweiten Protestkomitees im Verhandlungsteam. Wir beschließen, daß BUKO, ÖPK und ULV in einer gemeinsamen Vorbesprechung am Freitag die Vertreter nominieren werden. Dadurch können wir sicherstellen, daß die Universitätslandschaft durch die sechs Vertreter gut repräsentiert ist. Gerda und Uli vertreten ab jetzt das ÖPK.

Die Verhandlung bringt das mittlerweile ja gut bekannte Ergebnis: -17,3 % Kürzung der Remuneration, 15% der LV sollen gestrichen werden (später werden es nur 10% sein) und der Aufnahmestopp soll beendet werden (was sich mittlerweile ja gänzlich anders darstellt)- Forderung von Scholten: die Protestmaßnahmen, v.a. das Aussetzen der LV, müssen beendet werden.

Natürlich gibt es auch in dieser Woche Aktionen wie die Blutspendeaktion der Uni Graz: "Die Assistenten bluten!"

Die Osterferien

Die Osterferien haben begonnen. Es kehrt Ruhe ein. Nicht Müdigkeit, sondern Erschöpfung macht sich breit, obwohl bei uns an der WU immer noch Teams arbeiten (vor allem zu "alternativen Protestmaßnahmen" und zum Thema "Gewerkschaftsbeitritt") und auch an anderen Unis die Aktivitäten weitergehen.

In der Woche nach Ostern beschließt am Freitag die WU, die Lehrveranstaltungen wieder aufzunehmen (selbstverständlich mit einer Resolution). Blöderweise plakatiert die Hochschülerschaft schon am Mittwoch vorher auf dem Gelände der WU, daß die Lehrveranstaltungen wieder aufgenommen werden; dadurch sind wir ab Mittwoch - zu unserem Leidwesen - in der Presse wieder an "prominenter" Stelle

## Protestkomitee

vertreten. Auch die anderen Unis nehmen mit relativierenden Beschlüssen den Lehrbetrieb sukzessive wieder auf.

Allerdings: die Uni Wien ist nicht nur während der Osterferien höchst aktiv, sie hält die Proteste auch in der Woche nach Ostern voll durch und beginnt die Lehre erst nach Montag, dem 22. April.

### Die Niederungen des Alltags

Wenn auch viele Akteure im Österreichweiten Protestkomitee den Protest über die Situation an den österreichischen Universitäten laut artikulieren, so wird im April doch deutlich, daß die Stimmbänder schon etwas geschädigt sind. Es gibt auch immer wieder in Wien, Linz, Graz und Innsbruck bunte Aktionen, im Vergleich zum März 1996 sind sie aber zunehmend in der Außenwirkung blasser. In den Mittelpunkt rückt die harte Verhandlungsarbeit, das zunehmende Eingebundensein mit den damit verbundenen Rollenkonflikten und die mühsame Entwicklung von inhaltlich präziseren Positionen. Vor allem auf Gerda und Uli fällt die Hauptlast der weiteren Arbeit. Aber viele Teams an den Unis funktionieren weiter. Ideen für weitere Aktivitäten werden eingebracht (Symposium "Zukunft der Universitäten", ein weiterer österreichweiter Aktionstag ist geplant - 20. Juni!! !) und Teams arbeiten an einer Konkretisierung eines zukünftigen Dienstrechts (allen voran die Innsbrucker, die in Rekordzeit ein "Bomben-Papier" vorlegen). Auch die Aktion "Beitritt zur Gewerkschaft" läuft nach wie vor (an der WU gibt es z.B. mittlerweile doch 60 Beitrittserklärungen, die Roland für die nächste Zeit noch vorübergehend "hortet").

Auch wenn die letzten Zeilen einen etwas müden Unterton vermitteln, so sind meines Erachtens diese Zeiten des Österreichweiten Protestkomitees nicht genug in ihrer Bedeutung zu betonen: wir sitzen als im Gesetzesraum nicht vorhandene Institution am Verhandlungstisch und beeinflussen den Verhandlungsprozeß in deutlicher Art und Weise. Das Netzwerk funktioniert weiter hervorragend und - besonders wichtig - der Dialog mit Gruppierungen,

die durch die Novellen auch Vorteile gehabt hätten (z.B. TU), intensiviert sich. Auf Verhandlungsdetails möchte ich jedoch hier nicht eingehen, ein Bericht von Gerda ist in dieser Ausgabe enthalten.

### Was hat's gebracht?

Ein paar grobe Pinselstriche möchte ich zum Abschluß hier zeichnen:

Auch wenn wir kräftig durch das Sondersparpaket gerupft wurden, konnte doch Schlimmeres an Einkommensverlusten und Strukturproblemen verhindert werden. Ich denke, wir haben beim Ministerium den nachhaltigen Eindruck hinterlassen, daß einschneidende Maßnahmen für die Unis einer professionellen Planung bedürfen und mit Protestaktivitäten weiterhin zu rechnen ist. Alles in Allem ist das Bild der Unis und des Mittelbaus in den Medien über die gesamte Zeit gesehen doch recht positiv gewesen.

Das Netzwerk und die technische Infrastruktur bleiben - von wem auch immer sie betreut werden - weiterhin bestehen. Auch werden die persönlichen Kontakte, die sich gebildet haben, weiterbestehen - ich persönlich würde mich freuen, all die Leute, mit denen ich in Summe wochenlang telefoniert habe, wiederzusehen.

Die Protestbewegung war meiner Beobachtung nach sowohl inner- als auch interuniversitär für den Mittelbau stark identitätsstiftend.

Das "politische" Bewußtsein der Professoren ist zum Großteil "zum Heulen". Mit fällt in diesem Zusammenhang ein Spruch eines Kollegen ein: "Die Habilitation bricht den Leuten das Kreuz; dann lassen sie sich einen Panzer wachsen, damit sie nicht zusammenbrechen!". Natürlich war eine kleine Gruppe von Profs voll dabei und sie haben viel für uns getan!

Und für mich persönlich: Ich konnte Erfahrungen machen, die ich nach Jahren intensiver Kommissionsarbeit an der WU in der Landschaft des Mittelbaus nicht für möglich gehalten habe. Der häufig zur Schau getragene Individualismus von Mittelbauleuten, der

nicht selten in Oberlehrertum übergeht, war für mich kaum mehr sichtbar (daß er aber verschwunden ist, wäre mit Sicherheit eine Illusion). An seine Stelle trat Zuhören, den eigenen Standpunkt relativieren können, Solidarität und ein positives (!) Selbstwertgefühl. Sollte es gelingen, von diesem Selbstwertgefühl nur einen Teil in die Zukunft zu transferieren, so ließe sich einiges - nicht alles - an den Unis bewegen. Auch habe ich Zugang zu Menschen gefunden, der mich persönlich oft tief berührt hat.

Tja - was würde ich tun, wenn ich heute, so wie damals am 26. Februar, wieder mit Gerda auf dem Gelände der WU in Richtung der Versammlung der aufgebrachten Kollegen marschieren würde?? - Ich weiß, ich würde genauso weitergehen, allerdings jetzt wissend, daß ich das spannendste und auch sinnvollste Projekt meines universitären Lebens versäumen würde, sollte ich umdrehen!

Mag. Dr. G. Lueger  
(Abteilung für Personalwirtschaft,  
WU-Wien  
[E-Mail: guenter.lueger@wu-wien.ac.at](mailto:guenter.lueger@wu-wien.ac.at))

# Ein Profil zwischen vogelfreier Verschubmass und Kleinhonoratioren

Alice Pechriggl

Wie bereits in BUKO-Info 96/1 berichtet, haben die externen LektorInnen sich im Zuge der Proteste über ein Aktionskomitee organisiert, das zuerst in Wien nominiert wurde und dem sich in der Folge LektorInnenversammlungen in anderen Bundesländern mit Aktionskomitees angeschlossen haben.

Versammlungen finden nach wie vor, wenn auch in größeren Abständen statt. Darin werden das weitere Vorgehen, die Verhandlungslinie und längerfristige Organisation beraten und beschlossen. Die Diskussion und Koordinierung zwischen den Bundesländern funktioniert mittels Fax und e-mail relativ gut.

Im April konnte das Aktionskomitee seine Aufnahme in die laufenden Verhandlungen erreichen.

Die Organisation schien um so dringlicher, als sich die Externen, wie aus allen Resolutionen Externer hervorging, in keinster Weise vertreten sahen; von der Existenz des Lektorenverbandes war fast niemandem etwas bekannt, lediglich einige SprachlektorInnen wiesen auf seine Existenz hin, sowie darauf, daß er sich in den letzten Jahren für die Fixstellung der "Existenzlektoren" ("Lektorenaktion") eingesetzt hat (Externe meist an Kunsthochschulen oder Sprachinstituten, die seit mind. 8 Jahren mehr als sechs Semesterwochenstunden unterrichten und damit versteckte, also rechtlich nicht abgesicherte Dienstverhältnisse hatten). Mit dieser "Lektorenaktion" ging eine Beschränkung der Lehraufträge auf sechs Semesterwochenstunden pro Person einher sowie die rechtliche Bindung der in die Aktion übertragenen Lehraufträge.

Die ca. 5.400 verbleibenden, nicht von dieser Aktion erfaßten externen LektorInnen lehren im Durchschnitt nur zwei bis drei Stunden pro Semester und sind dabei dennoch oft existentiell auf ihren Lehrauftrag angewiesen (vor allem wegen der Sozial-

versicherung, was bei Frauen viel öfter der Fall ist). Sie gewährleisten dabei einen beträchtlichen Teil der Lehre, am Institut für Politologie in Wien z.B. 63%, am Institut für Landschaftsplanung und Ingenieurbiologie der BOKU Wien werden 43% der Studierenden von ihnen betreut, wobei die Lehr- und Betreuungskapazität des Stammpersonals hier schon mehr als erschöpft ist.

Entgegen den falschen Vorstellungen über die Tätigkeit der externen LektorInnen war es notwendig, ihr Profil differenzierter darzustellen und von den stereotyp wiederkehrenden Etiketten zu lösen. Insbesondere der "Visitenkartenlektor", Generaldirektor mit Universitätsprestige, wie wir ihn ja auch als Ehrenprofessor antreffen, überschattet bis heute trotz wiederholter Aufklärungsversuche das Vorstellungsvermögen von Ministerialbeamten. Da uns derartige LektorInnen zumindest an der Uni Wien, wo es die meisten Externen gibt, bisher kaum oder nicht bekannt waren, ist anzunehmen, daß sie öfter im Ministerium auftauchen als an den Universitäten.

## Zur Psychologie eines Konflikts

Die Externen würden eine "Überfremdung der Lehre" darstellen, so Prof. Fischer (Vorstand des Instituts für Psychologie in Wien, Statistik), der die zynisch gemeinten Slogans "Externe LektorInnen, die GastarbeiterInnen an den Universitäten" in einem Rundfunkinterview im Mai beim Wort nahm und für ihre Reduzierung eintrat. Wir warteten gespannt auf die nächsten Vorschläge des Statistikers; vielleicht verlangt er demnächst ihre "Abschiebung". Im UOG 93 ist diese Abwehr bereits erfolgreich verankert, nämlich mit dem Entzug des passiven und aktiven Wahlrechts für Externe in den universitären Gremien. Jedenfalls in diesem Punkt fordert das Aktionskomitee eine Novellierung des UOG, 93. Die Befürch-

tung, daß Externe gegenüber dem internen Mittelbau in den Gremien überwiegen könnten, ist relativ unbegründet, weil es nicht so viele gibt, die diese ehrenamtliche Gremienarbeit auf sich nehmen sowohl aus Zeit- als auch aus Geldgründen. Diese mangelnde Teilnahme am administrativen Geschehen wird den Externen im übrigen ja nicht selten zum Strick gemacht, wie neulich seitens einer Mittelbauvertreterin des Instituts für Erziehungswissenschaften der Uni Wien, die u. a. damit den Beschluß des internen Mittelbaus an ihrem Institut begründete, die Kürzung des Lehrauftragskontingents nur auf Kosten der Externen zu verwirklichen. Was die numerische Gefahr einer Überstimmung der Internen in den Wahlen für die Gremien betrifft, so könnte dagegen ein Mandatsverteilungsschlüssel gefunden werden.

## Ein schwieriges aber unverzichtbares Profil

Entgegen ihre metaphysische Vereinheitlichung unter dem Motto "Überfremdung" haben die externen LektorInnen kein einheitliches Profil; sie haben weder ein Dienstverhältnis, das sie zu einer Berufsgruppe machen würde, noch vereint sie die Art ihrer Lehrtätigkeit, die von Institut zu Institut verschieden ist und mit der sie aus verschiedenen Gründen beauftragt werden. Die Externen setzen sich also aus mehreren Gruppen zusammen. Ein großer Teil leistet freie wissenschaftliche Forschung, deren Ergebnisse über die Lehraufträge an die Studierenden vermittelt werden und die unumgänglich sind sowohl für die Spezialisierung als auch für die Innovation in der Lehre. Ein anderer Teil kommt aus der "Praxis" und bringt Erfahrungen in die Lehre ein. Einen besonders wichtigen Anteil an der Lehre haben Lehrbeauftragte im Bereich der Sprachen. Hier können einige Sprachen, insbesondere die Gesamtheit der Sprachpraktika, von

## Externe Lektorinnen

Internen nicht hinreichend bzw. gar nicht unterrichtet werden (Dolmetsch, aber auch Slawistik, Anglistik usw.). Zentral ist auch ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs an den Kunsthochschulen. Doch auch in anderen Bereichen sieht es ganz und gar nicht so aus, wie es in den Erläuterungen zum Besoldungsgesetzesentwurf als fadenscheiniger Vorwand für die Quasiabschaffung der remunerierten Lehraufträge stand: "Der ursprüngliche Zweck von Lehraufträgen, nämlich die Ergänzung der vom Stamm-Hochschulpersonal der Universität angebotenen Lehrveranstaltungen durch externe, weitgehend praxisorientierte Vortragende, ist in den letzten Jahrzehnten immer stärker in den Hintergrund getreten. Der überwiegende Teil der Lehraufträge wird den schon hauptberuflich an der Universität tätigen Universitätsassistenten erteilt, die auf diese Weise den Großteil des Lehrveranstaltungsangebotes der Universitäten in vielen Studienrichtungen abdecken." Das mag für die Montanuniversität in Leoben oder einige andere kleine Universitäten richtig sein. Tatsächlich halten die externen LektorInnen an den größten Fakultäten Österreichs einen beträchtlichen, ja zuweilen sogar überwiegenden Teil der Lehre ab. Aus den bisher vorliegenden Daten für WU Wien, GEWI und GRUWI der Uni Wien geht hervor, daß sie mit 38% resp. 49% (GRUWI) der gesamten Lehre (inkl. ProfessorInnen) und 57% resp. 71% (GEWI und GRUWI) der gesamten Lehrauftragsstunden beauftragt werden. Und das bei einer durchschnittlichen Lehrtätigkeit des Stammpersonals von 4 bis 11 Semesterwochenstunden, je nach Grad der Qualifikation (nicht Habilitierte 4 resp. 5, Habilitierte ca. 8, ProfessorInnen 10 resp. 11).

Neben dem Aspekt der notwendigen Abdeckung der Lehre durch Externe steht jener der Vertiefung und diversifizierter Spezialisierung. In einigen Bereichen stellt dies eines der hervorragendsten strukturellen Momente der Entwicklung der letzten 10 bis 15 Jahre dar. Während die kanonischen Fächer weitgehend wenn nicht in allen Studienrichtungen vom internen

Lehrpersonal abgehalten werden, stellen die externen Lehraufträge in manchen Studienrichtungen oft die einzigen Lehrveranstaltungen mit Übungscharakter aus spezialisierten Pflichtfächern dar. Weiters brachten die "Externen" neue Forschungsrichtungen sowie Fakultätslehrgänge, für die es ein großes gesellschaftliches Interesse gibt, an die Universitäten oder tragen maßgeblich zu deren Funktionieren bei.

Dies gilt etwa für die Landschaftsplanung und -gestaltung (Boku), für interkulturelle Studien oder für Medientheorie.

### Frauen in Sackgassenkarrieren und ohne Netz

Die interdisziplinär ausgerichtete feministische Forschung und Genderforschung stellt eine der dynamischsten Forschungsrichtungen der letzten Jahre dar, die auf größtes universitäres und gesellschaftliches Interesse stößt. Und damit kommen wir an einen Punkt, wo sich das Problem der Externen in besonderer Schärfe manifestiert. Diese Lehraufträge werden überwiegend durch externe Lehrbeauftragte abgedeckt (an der Uni Wien zu ca. 70%). Bis vorkurzem wurden sie den Universitäten über ein Sonderkontingent zugewiesen. Ein solches Sonderkontingent ist für die Universitäten, die noch nicht im Wirkungsbereich des UOG'93 stehen, gesetzlich vorgeschrieben. Doch das Ministerium hat die Festlegung und Vergabe dieses Kontingents an die Senate der Universitäten übertragen, deren nicht gerade hoher Frauenanteil zu Recht einiges befürchten ließ:

eine 25%ige Kürzung dieser Stunden an der Uni Wien wurde für das WS 96/97 bereits beschlossen. Zwar konnte für das kommende Studienjahr Minister Scholten beim zweiten Versuch ein Erlaß abgerungen werden, der auf die Beibehaltung dieser Kontingente verweist (für den Hochschulsport war die Zuweisung eines Sonderkontingents kein Problem gewesen), aber niemand weiß, ob sich die Senate daran halten werden. Die Autonomie der Universität droht hier bereits wieder in die traditionelle Heteronomie für Frauen

umzuschlagen.

Schließlich, und dies scheint ein zumindest impliziter Schwerpunkt dieser konservativen und planlosen "Strukturreform" durch den Sparstift zu sein, wäre der ohnehin schon geringe Frauenanteil bei den Lehrenden an den Universitäten wieder um einiges vermindert. Denn während der Anteil bei den ProfessorInnen ganze 2,9% ausmacht, beim gesamten Stammpersonal 18,7%, liegt er bei den externen LektorInnen immerhin bei 24,7%. Außerdem kann das gesellschaftspolitische und nunmehr gesetzlich verankerte Bestreben, den Frauenanteil an den Universitäten zu erhöhen, nur erfolgreich sein, wenn genügend Frauen sich wissenschaftlich qualifizieren und vor allem habilitieren können (was im Regelfall Voraussetzung für die Bewerbung um eine Professur ist).

Die erwähnten Maßnahmen würden eine solche Qualifizierung von Frauen jedoch massiv behindern. Denn einerseits würde die Überlastung des internen Mittelbaus durch Lehre und Verwaltungsarbeit (die sich mit der im UOG 93 verankerten Selbstverwaltung der Universität stark vermehrt) die Verfassung einer Habilitationsschrift noch weiter erschweren; andererseits würden viele hochqualifizierte freie WissenschaftlerInnen unter den Externen ohne Lehrauftragsmöglichkeit in ihrer Karriere in Richtung Habilitation stark beeinträchtigt oder zum Abbruch gezwungen.

Denn da es in Österreich keine hinreichende Infrastruktur für Forschung und Wissenschaft außerhalb der Universität gibt, stellt der Lehrauftrag für viele freie WissenschaftlerInnen einen wichtigen Existenzpfeiler dar.

Dies um so mehr in Zeiten, in denen die Gelder für Grundlagenforschung massiv gekürzt werden und die Anzahl der Habilitationsstipendien bis auf die Hälfte reduziert wird. Auf die bildungs- und demokratiepolitischen Implikationen dieser Entwicklung einzugehen würde aber den - stets zu engen - korporatistischen Rahmen dieses Artikels sprengen.

Verrechnungen, Berechnungen und Engpässe, die nicht wegzurechnen sind

Zwar wird die ursprüngliche Rechnung, die hinter dem Besoldungsgesetz stand, nun nicht aufgehen, aber noch ist nicht klar, wonach sich die Neuberechnung des Einsparungsziels orientieren wird. Es wird zu fordern sein, daß die Umschichtung der Gelder für eine neue Abgeltungsregelung für Interne nicht wieder nur aus den finanziellen Mitteln der Lehrauftragskontingente kommt. Denn dann drohen nicht nur zusätzliche massive Einschnitte bei den Externen, sondern auch beim Lehrvolumen, bei der Vielfalt der Lehre und damit auch bei der Qualität des Studiums. Dies trifft vor allem die Bereiche, in denen das Betreuungsverhältnis am ungünstigsten ist, und die nicht anlagen-, sondern lehrintensiv sind, wie die erwähnten Fakultäten bzw. die WU, wo auch die meisten externen Lektorinnen tätig sind.

Eine weitere Reduktion der externen Lehrbeauftragten nach dem kommenden Studienjahr hätte in jedem Fall eine langfristige und noch größere Überlastung des Stammpersonals zur Folge, was mit einem weitgehenden Forschungsstopp und einer Routinisierung sowie einer Eindimensionalisierung der Lehre verbunden wäre. Die schwerwiegendste Konsequenz davon wäre, daß derart vereinheitlichte Studien eine homogene Masse von Absolventinnen hervorbringen würde, die, alle durch die selben Standardkurse geschleust, weder zu Flexibilität noch zu diversifiziertem Einsatz in einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt fähig wären. Diese Eindimensionalisierung der Lehre mag aus bürokratischen Gründen wünschenswert erscheinen, keinesfalls aber von einem arbeitsmarkt- oder gar einem gesellschaftspolitischen Gesichtspunkt her.

### Zielsetzungen

Unsere Ziele sind die Verankerung eines Schlüssels für die Vergabe von Lehraufträgen an Externe, der sich am jetzigen Stand orientiert; die Beibehaltung der Lehrauftragsvolumina und des

Kontingents für frauenspezifische Lehrveranstaltungen ("Frauentopf" als Übergangslösung bis zur Verankerung dieses Lehrtyps in verschiedenen Studienrichtungen) sowie die Aufhebung oder zumindest die Verminderung der 17%igen Remunerationskürzung nach der Übergangsphase während des Studienjahres 1996/97 (die wir gemeinsam mit Vertretern der Kunsthochschulen und dem Lektorenverband wiederholt, aber erfolglos zurückgewiesen haben).

Die Praxis der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst sowie die des Lektorenverbands, die Vertretung der Externen bis dato weitgehend auf die Lektorenaktionen zu beschränken, erschien uns problematisch, nicht zuletzt deshalb, weil angesichts des Planstellenstopps die fluktuierenden Lehraufträge die einzige Öffnung der Universitäten für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für die "Freien" darstellen. Unsere Argumentationslinie ist denn auch in erster Linie strukturell begründet, auch wenn die Externen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zeitweise oder dauernd, ganz oder teilweise existentiell von den Lehraufträgen abhängig sind, und sich damit ein großes soziales und arbeitsmarktpolitisches Problem auf tut. (Viele leben als Freischaffende oft mit weniger als 200.000,- Sch. Jahreseinkommen, was sie für die GÖD zuweilen als suspekt erscheinen läßt: und zwar als "Wissenschaftsproletariat", das man zuweilen am liebsten wegstreichen würde nach dem zwar hehren, aber an den Entwicklungen der Arbeitsverhältnisse vorbeigehenden Motto: "Lieber weniger Sichergestellte als mehr Freischaffende und damit prekär Situierte"). Die Lehraufträge an Externe können jedenfalls nicht unter dem Aspekt der Kompensierung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit beurteilt, vergeben oder preislich gestaffelt werden. (Es gibt dabei natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß die sogenannten Prestigelektoren nichtremunerierte lesen, wenn sie das wollen, es könnte ihrem Prestige sicher nur noch zuträglicher sein, wobei hier jedoch die eingeführte Deckelung der nichtremunerierte Lehraufträge gewiß ein Problem darstellt).

Um die sich an bestimmten Instituten

abzeichnenden Ausschluß tendenzen zu verhindern, fordert das Aktionskomitee eine aliquote Kürzung und nicht eine, die ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der Externen geht.

Als Auftakt für eine längerfristige Realisierung von Entwürfen, mit deren Hilfe die Situation der Externen konkretisiert und nach außen dargestellt werden soll, hat das Aktionskomitee zwischen März und Juni eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Stein's Translectures" veranstaltet. Dabei wurde die Tätigkeit externer Lektorinnen im Zuge von Lesungen und Diskussionen reflektiert. Der vorläufige Abschluß fand im MAK statt; eine Publikation ist vorgesehen. Im Herbst soll die Reihe fortgesetzt werden.

Im Hinblick auf eine längerfristige Organisation und Absicherung wurden verschiedene Modelle andiskutiert: unter anderem ist das Aktionskomitee mit der Gewerkschaft "Kunst, Medien, Freie Berufe" in Kontakt getreten und hat für das kommende Wintersemester eine Veranstaltung für die Ausarbeitung von Modellen ins Auge gefaßt. Denn erst wenn alle freischaffend Tätigen über ein soziales Netz abgesichert sind, kann eine Änderung der derzeitigen Ankoppelung der umfassenden Sozialversicherung an die Lehrauftragsremuneration für alle Externen, die nicht im Bundesdienst sind, überhaupt ins Auge gefaßt werden. Schließlich wurde der Verein "Interessensgemeinschaft Externe Lektorinnen und Freie WissenschaftlerInnen" gegründet.

]] Diese Durchschnittswerte gehen aus den bisher gelieferten Daten über die Lehrtätigkeit hervor. Sie betreffen WU Wien, GEWI und GRUWI der Uni Wien und beziehen sich auf das WS 1994/95 sowie auf das SoSe 1995.

Dr. A. Pechriggl  
(Institut für Philosophie,  
Aktionskomitee Externe Lektorinnen  
E-Mail:  
[Aktionskomitee.Zeitgeschichte@univie.ac.at](mailto:Aktionskomitee.Zeitgeschichte@univie.ac.at))

# Der Standpunkt des Österreichischen Lektorenverbandes

Federico Holler

Der Doppelschlag der Regierung gegen den sogenannten Mittelbau und gegen die Studierenden ließ eine fast natürliche Allianz entstehen. Für den außenstehenden Beobachter schien es wohl klar zu sein, warum die Schüler sich so leicht damit abfanden, daß ihre Lehrer an einigen Universitäten vier Wochen lang keinen Unterricht abhielten. Die Solidarität zerbrach termingerecht am Ende der Osterferien. Gerade rechtzeitig, damit es den Lehrbeauftragten noch möglich sei, die noch nicht abgehaltenen Stunden nachzuholen und damit die drohende Gefahr einer Honorarkürzung wegen nicht vollständiger Abhaltung abzuwenden. Das Schlagwort vom "externen Lehrbeauftragten ohne Dienstverhältnis" war geboren, doch niemand wußte, wie den armen Leuten zu helfen sei. Am 22. Februar war der Lektorenverband zum ersten Mal mit dem Argument des Dienstgebers konfrontiert worden, die Reduktion der Lehrauftragshonorare sei so zu verstehen, daß man nun "Marktpreise" zahlen wolle. Der Staat hält ein Arbeitgebermonopol: welcher Markt also? Was die Preise betrifft, so sollten es 29% weniger sein. Der Lehrbeauftragte sei ein freier Unternehmer, hieß es, und müsse ein Risiko tragen, so die Vertreter des Bundesministeriums weiter. Gut, Risiko gibt es, aber keine Beschäftigungsmöglichkeit bei privaten Universitäten. Alle diese so leicht hin gesprochenen Scheinargumente klingen wie Hohn, wenn man die realen Existenzmöglichkeiten der Lehrbeauftragten kennt, die wichtige Jahre ihres Lebens der Universität gewidmet haben, der Universität, die sich des Vertrauens nicht würdig erwiesen hat. Viele Lehrbeauftragte sind Opfer einer falschen Bildungspolitik in der Vergangenheit, fanden sich nach Abschluß ihres Studiums auf einem Arbeitsmarkt wieder, der nicht viel mehr ist als Fiktion. Als Teilbeschäftigte ohne jede Sicherheit arbeiteten sie oft an den Instituten, an denen sie studiert hatten.

Sie knieten sich in ihre Arbeit hinein, erwarben nebenbei praktische Erfahrungen, beteiligten sich an wissenschaftlichen Projekten, hofften, es würde sich etwas bessern, man würde ihre Leistung anerkennen. Ohne die billige Arbeitskraft und den Einsatz der Lehrbeauftragten hätte an vielen Instituten seit Jahren der Lehrbetrieb nicht in der gegenwärtigen Form aufrecht erhalten werden können. Man werde keine Lehrbeauftragten verlieren, hörten wir immer wieder, denn sie könnten auf die Arbeit nicht verzichten. So ist es. Aber wird man noch genügend qualifizierte Experten als Lehrbeauftragte gewinnen können? Ist die damit eingeleitete Tendenz zu Billiglehrern noch eine Garantie für solide Ausbildung? Lehraufträge sind nun nicht mehr umsatzsteuerpflichtig. Ist es wirklich ein Vorteil für die "kleinen Unternehmer, die ein Risiko tragen müssen", auch auf die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs verzichten zu müssen? Die Studierenden wußten nichts von der prekären Lage dieser Universitätslehrer, die in vielen Bereichen weitgehend für ihre praktische Ausbildung verantwortlich sind und ihnen als verantwortliche Prüfer entgentreten. Nun, nachdem der Lektorenverband als erster Berufsverband auf das unlösbare Problem der externen Lehrbeauftragten aufmerksam gemacht hatte, erkannten auch die Gewerkschaft, der Dienstgeber und die anderen Gremien und Verbände, welcher ungeheurer Schlag gegen eine relativ große Kollegengruppe geführt werden sollte. Freilich wußte niemand eine Lösung, auch die von den Betroffenen selbst gegründeten Aktions- und Basiskomitees nicht. Im Laufe der Verhandlungen wurde erreicht, daß die Reduktion der Lehrauftragshonorare nur noch etwa 17% betragen wird. Wie dem auch sei, 17% weniger bei gleicher Arbeit ist und bleibt unmoralisch und führt zu einer Unterminierung des Vertrauens in die universitäre Landschaft Österreichs. Wir können nur hoffen,

daß damit kein Präzedenzfall geschaffen wurde und in nicht allzu ferner Zeit unter dem Etikett des Sparens auch andere Gruppen substantielle Einbußen hinnehmen werden müssen. Es mag tröstlich sein, daß die dargestellten Vorgänge nicht ausschließlich hausgemacht sind. Sie müssen vielmehr als eine über unsere Grenzen hinausgehende Tendenz gedeutet werden, den Arbeitnehmerschutz sukzessive abzubauen; dies ist in den letzten Monaten von Rom bis Stockholm immer erschreckender zutage getreten.

Mag. F. Holler  
(Obmann d. österr. Lektorenverbandes,  
Universitätslektor an der  
Universität Graz)

# Chancen und Problemfelder theologischer Karrieren

Christian Friesl

Mehr als zwei Jahre arbeitete das Institut für Pastoraltheologie an der Studie „Christsein als Beruf. Chancen und Problemfelder theologischer Karrieren“. Zwischen November '95 und April '96 wurden (mit wesentlicher Unterstützung der BUKO, der hierherzlichst gedankt sei) die Untersuchungsergebnisse in verschiedenen Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

„Christsein als Beruf“ versteht sich als pastoralsoziologische Pilotstudie, deren Globalziel es ist, die verschiedenen beruflichen Laufbahnen von (ehemaligen) Theologiestudentinnen zu erforschen. Die Studie geht der Bedeutung der absolvierten Ausbildung nach, erforscht die aktuelle berufliche Situation der Theologinnen und analysiert ihren Standort in und außerhalb der Kirche. Zielgruppe bzw. Grundgesamtheit des Projekts waren die InskribentInnen der Studienjahre 1971-1986 aller Katholisch-Theologischen Fakultäten und Hochschulen in Österreich. Ergänzungsstudien befaßten sich mit den (ehemaligen) Studierenden der Evangelisch-Theologischen Fakultät und den Absolventinnen des „Seminars für kirchliche Berufe“ in Wien. <sup>1)</sup> Untersucht wurden jeweils sowohl Absolventinnen als auch StudienabbrecherInnen, befragt wurden insgesamt etwa 2.000 Personen.

## Theologiestudium: Anerkennung und Kritik

Das Theologiestudium wird von den Befragten äußerst positiv beurteilt: 19% der Absolventinnen sind damit sehr zufrieden, 65% zufrieden. Nur 11% bzw. 2% geben an, weniger oder nicht zufrieden zu sein (Rest auf 100%: keine Antwort). Es ist das Klima an den Theologischen Fakultäten, das den ehemaligen Studierenden am positivsten in Erinnerung geblieben ist: 84% der Absolventinnen sind etwa der Meinung, daß die „gute Atmosphäre an der Fakultät/Hochschule... das Studium er-

leichtert hat“. Widerlegt wird die These, das Theologiestudium habe wenig mit dem persönlichen Glauben zu tun. Zwar meinen 35%, „mein Glaube kam im Studium nicht vor“, insgesamt jedoch wurde die Verbindung von Theologie und Person von 81% der Absolventinnen als zufriedenstellend erlebt. Positiv beurteilt wird auch die Kompetenz der Professoren: Vier Fünftel der Absolventinnen und auch zwei Drittel der AbbrecherInnen schätzen deren guten Einblick in die Probleme von Gesellschaft und Kirche.

Kritik wird laut, wenn es um den Studiengang an sich geht: Am stärksten kritisiert wird die didaktische Vermittlung der Theologie, zwei Drittel der Absolventinnen fanden sie als unzureichend. Etwa der Hälfte der Absolventinnen (53%) war „die persönliche Begegnung mit den Lehrenden... zu wenig intensiv“. Ebensoviele (53%) kritisieren den Studienplan: Er war zu starr und ließ kaum Platz für Wahlmöglichkeiten. Die deutlichste Kritik am Theologiestudium richtet sich auf dessen Praxisrelevanz: Nur ein Viertel (26%) der Befragten ist der Ansicht, daß ihre im Studium erworbene Qualifikation den Anforderungen des derzeitigen Berufs entspricht.

## Die Berufsziele der Theologinnen

Fast die Hälfte der Absolventinnen (47%) wollte zum Zeitpunkt der Studienentscheidung Priester werden, ein Drittel (33%) nannte Religionslehrerin als Berufsziel, 10% gaben Pastoralassistentin an. Alle anderen beruflichen Vorstellungen bleiben ohne Bedeutung. Analysiert man die Berufsziele nach dem Geschlecht der Befragten und ihrem Inskriptionszeitpunkt, werden die Veränderungen in den beruflichen Optionen deutlich. Zwischen 1971 und 1986 verliert das Berufsziel Priester bei den Männern an Bedeutung, allerdings ist dieser Rückgang weniger dramatisch als angenom-

men: Wollten zwischen '71 und '76 noch 69% Priester werden, sind es zehn Jahre später 57%. Das Berufsziel Religionslehrerin hat einen Bedeutungszuwachs erfahren: Während nur 25% der Befragten der Inskriptionsjahre 1971-76 Religionslehrerin als Berufsziel angaben, sind es zehn Jahre später bereits 41%. Dieser Bedeutungszuwachs ist vor allem durch die zunehmende Inskription von Frauen begründet, die insgesamt zu zwei Drittel (66%) diesem Berufsziel zuneigen. Auch der Beruf des/der Pastoralassistenten/in wurde im Untersuchungszeitraum deutlich wichtiger. Die Bedeutung dieses Berufsziels verdoppelte sich zwischen 1971-76 und 1976-81 (von 5% auf 12%), es war vor allem Frauen wichtig.

## Gründe gegen den Priesterberuf

Trotz der hohen Bedeutung des Berufsziels Priester ergreift letztendlich nur ein geringer Teil der Studierenden den Priesterberuf (nämlich 33% jener Männer, die das Berufsziel Priester zu Studienbeginn vertraten). Die größte Bedeutung für die Entscheidung gegen den Priesterberuf hatte die Dimension Zölibat/Partnerschaft, die für insgesamt 86% wichtig ist. Für 59% spielt die kirchliche Dimension eine wesentliche Rolle, etwa ein „Priesterbild, das meinen Vorstellungen nicht entspricht“ (59%) oder eine „zu geringe Identifikation mit der derzeitigen Gestalt von Kirche“ (47%). Die guten Berufschancen als Laientheologe haben für ein knappes Drittel die Entscheidung gegen den Priesterberuf beeinflusst. Nur wenige hatten das „Gefühl, für den Priesterberuf zu wenig gläubig“ (19%) oder zu wenig „qualifiziert zu sein“ (16%).

## Chancen und Probleme der beruflichen Situation

Die Kirche ist ein Dienstgeber wie jeder andere. Diesen Eindruck ergibt der

## Studienergebnisse

Vergleich von beruflichen Erfahrungen, die TheologInnen mit der Kirche und außerkirchlichen Dienstgebern machen: Kirchliche Bedienstete werden beim Berufseinstieg genauso unterstützt wie außerkirchliche; die berufliche Weiterentwicklung wird in ähnlicher Intensität gefördert; Konflikte mit Vorgesetzten sind da wie dort selten; Kolleginnen werden vor allem als Unterstützung erlebt. Unterschiede in der Einschätzung der Dienstgeber ergeben sich dennoch: Die Kirche scheint entgegenkommend zu sein, wenn Beschäftigten Fehler passieren: 82% der kirchlich Bediensteten gegenüber 71 % der außerkirchlich Angestellten schätzen ihren Dienstgeber in dieser Frage als „tolerant“ ein. Die Aufstiegsmöglichkeiten werden in außerkirchlichen Berufen weit besser beurteilt: Sie sind für - ohnehin geringe - 45% der außerkirchlich Beschäftigten zufriedenstellend, bei den kirchlich Bediensteten sind allerdings nur 28% zufrieden. Nach Ansicht der Befragten erfahren Frauen in kirchlichen Berufen (31%) stärkere Benachteiligung als in außerkirchlichen Tätigkeiten (18%). Eine Trennung von Beruf und Privatleben ist im kirchlichen Dienstverhältnis (58%) schwieriger als im außerkirchlichen (40%).

### Neue Perspektiven für theologische Karrieren

Im Anschluß an das Projekt nahmen etwa 80 Personen am 26./27.4. in Linz an einem Symposium teil, das vom Institut für Pastoraltheologie der Universität Wien und der BUKO veranstaltet wurde. Einige wichtige Ergebnisse werden hier auszugsweise dokumentiert:

### (Neue) Berufsfelder und Berufsprofile für TheologInnen

\* Als das von der Ausbildung her typisch Theologische und ihre besondere Stärke benennen TheologInnen: das Erkennen von Strukturen und Zusammenhängen vor dem Hintergrund des theologischen Fachwissens; eine kritische Wirklichkeitsdeutung und Glaubensreflexion; Glaubens- und Traditionsübersetzung; die Fähigkeit

zur Begründung sozialen Engagements und politischen Handelns; Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.

\* TheologInnen erkennen ihr Potential, das sie in Gesellschaft und Kirche einbringen können. Neben dem Engagement in den „klassischen“ kirchlichen Berufsfeldern (Priester, Religionslehrerinnen, Pastoralassistentinnen) wollen sie vor allem an folgenden Orten tätig sein: Lebens und Glaubensbegleitung, sozial-caritatives Engagement; Bildung und Gesellschaftspolitik; Leiten und Führen; Wissenschaft.

### Herausforderungen an das Theologiestudium der Zukunft

\* Die Verbindung zwischen wissenschaftlicher Theologie und den Lebensproblemen der Menschen soll herzustellen gelernt werden. Es geht um das Erlernen von Fähigkeiten zur Transformation von Theologie (in die verschiedenen Lebens- und Berufsfelder) und nicht um die Weitergabe von pastoralen oder katechetischen Rezepten.  
\* Die hochschuldidaktischen Fähigkeiten der Dozentinnen sollen verbessert werden (Fortbildung). Die didaktischen, kommunikativen und persönlichen Fähigkeiten sollen bei Berufungen mitentscheidend sein.

\* Der von Studierenden vielfach geäußerte Wunsch nach Wahlmöglichkeit ist zu unterstreichen. Möglichkeiten der Verwirklichung in diese Richtung sind aufzugreifen: Neben der Festlegung von unverzichtbaren Inhalten für das Theologiestudium ist die Schaffung eines ausreichenden Angebots von wählbaren Schwerpunkten zu sichern.

\* Auf die Vermittlung von auf die Praxis gerichteten Grundkompetenzen ist mehr Wert zu legen. Dies soll unter anderem durch folgende Maßnahmen geschehen: Vermittlung von Kenntnissen im human- und sozialwissenschaftlichen Bereich (Wahlfächer); Arbeit an didaktischen, praktischen und sozialen Kompetenzen in kommunikativen Lehrveranstaltungen; Motivation zur praxisorientierten Selbstbildung während des Studiums, aber auch nach der Universitätslaufbahn im Sinne eines „lebenslangen Lernens“; frühzeitige Öffnung von Orientierungsmöglich-

keiten hinsichtlich beruflicher Felder. Für eine berufsqualifizierende Grundausbildung sind nicht nur die Fakultäten sondern auch die Dienstgeber (Berufseinführungsphase) verantwortlich.

### Chancen und Problemfelder der konkreten beruflichen Situation

\* Die derzeitige männlich-zölibatäre Amtsform wird als eine nicht berechtigte Einschränkung erlebt. Darüber hinaus sind Frauen in Ausbildung und beruflicher Praxis als Subjekte (Studierende und Berufstätige) und Objekte (z.B. Themen wissenschaftlicher Forschung) stärker zu fördern.

\* Präzise Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile vermindern die Unsicherheit hinsichtlich der beruflichen Rollen. Stellen- und Arbeitsplatzbeschreibungen von offenen Posten sollen in Betriebsaussendung und Amtsblatt veröffentlicht werden.

\* Laufbahnplanung und -beratung stellen - vor allem für die pastoralen Dienste von Laien und Priestern - langfristige Perspektiven im kirchlichen Beruf sicher. Diözesane Laufbahn- und Karriereberaterinnen für pastorale Berufe wären ein Weg in die richtige Richtung.

Genauere Informationen zu allen Teilprojekten sind in folgenden Varianten erhältlich: Die Arbeitsstelle für kirchliche Sozialforschung (Berggasse 11/2/12, 1090 Wien) bietet unter dem Titel „Christsein als Beruf“ eine Zusammenfassung aller drei Studien an (Bestellungen: 31338-260, Preis: ÖS 80,-). Ein Buch zum Thema erscheint im Herbst im Verlag Tyrolia.

!1 Aus Platzgründen befaßt sich dieser Beitrag ausschließlich mit der Situation der Katholischen TheologInnen.

Mag. Ch. Friesl  
(Institut für Pastoraltheologie,  
Universität Wien  
[E-Mail: christian.friesl@univie.ac.at](mailto:christian.friesl@univie.ac.at))

# Eine unglaubliche Veranstaltung

Kultursprecher der politischen Parteien an der Akademie

Michael Herbst

An der Akademie der bildenden Künste standen im Rahmen der „Instituts-gespräche“ (eine Veranstaltungsreihe mit Diskussionscharakter am Institut für Bildnerische Erziehung und Kunstwissenschaften) die Kultursprecher der politischen Parteien Rede und Antwort. Bis auf die Grünen waren alle parlamentarischen Parteien vertreten. Themen der Auseinandersetzung waren Kulturselbstverständnis und Program-matisches zur Kultur und der Beitrag der Parteien zu ästhetischer Bildung und einem kulturfreundlichen Klima in Österreich.

Eine unglaubliche Veranstaltung!

Der von manchen Kultursprechern unter Beweis gestellte Unsachverstand macht wundern, daß in Österreich trotz allem so viel Kultur möglich ist. Vielleicht gerade deshalb.

Eingangs erläuterten die Kultursprecher ihre Positionen zur Kulturpolitik: Krüger von der F belehrte ein fachkundiges Publikum über freiheitliche Kunstbeurteilungskriterien, der roten Subventionsmafia müsse das Handwerk gelegt werden, es müsse endlich gesagt werden, was Kunst ist und was nicht (in dieser Diktion gab es das schon einmal vor nicht allzu langer Zeit) und Krüger belegte auch sofort die Machbarkeit solcher Urteile kunstgeschichtskundigst mit den Worten (Zitat): „Sie, aber was erzähle ich ihnen, kennen den Konflikt zwischen dem Schönen und dem Häßlichen in der Kunst schon seit dem 14. Jahrhundert (sic). Die Zeitgenossen Dürer und Bosch sind ja typische Vertreter für das Ästhetische und das Häßliche.“

Albrecht und Hieronymus wären für Krüger kein Streitfall bei der Vergabe von Förderungen gewesen, ist doch der Hase ein so nettes Tier und sind doch die allegorischen Figuren der Hölle aus dem Garten der Lüste so unappetitliche Kerle. Krügers Meldung verursachte lautes Gejohle im Auditorium - mir vergeht das Lachen, wenn ich daran denke, daß eine Partei wie diese immer

stärker wird.

Stippel von der SPÖ wußte seine kulturpolitische Blöße nur mit einem welken Feigenblatt zu bedecken (Zitat): „Sehr geehrte Damen und Herren, die SPÖ ist eine Kulturpartei, sie versteht sich als solche, denn bedenken sie, sehr geschätzte Damen und Herren, die frühe Arbeiterbewegung war immer schon eine Kulturbewegung.“ Diesen Satz wiederholte Stippel mehrmals stereotyp, beteuerte darüberhinaus sein unermüdliches Engagement für Kultur und Bildung in diesem Lande, sich gleichzeitig dafür entschuldigend, daß er nicht so viel davon verstehe.

Schmidt vom Liberalen Forum entwarf ein breites Bezugsfeld davon, was für sie und ihre Partei Kultur in einem Land wie Österreich sein kann. Der Bogen spannte sich vom Bekenntnis zum liberalen Umgang mit künstlerischen Äußerungen, über die Feststellung, Kunst sei grundsätzlich politisch, da sie immer Ausdruck von Menschen sei, die aus einem gesellschaftlichen Kontext heraus agieren, in dem Kunst auch ein Kritikinstrument sei, bis zum notwendigen Traditions- und Geschichtsbewußtsein, der Sprachkultur, der politischen Kultur und der Toleranz, ohne die Verständigung über Kunst und Kultur nicht möglich sei. Die „Kulturplakataktion“ der F verurteilte sie scharf als geschmacklos und inakzeptabel und als Negativbeispiel für ein Kulturklima, das so in Österreich nur die F wolle.

Dies taten auch Morak und Brinek von der ÖVP. Morak ortete den Grund für den schleichenden Niedergang der österreichischen Kultur einerseits im viel zu geringen Kulturbudget und der Tatsache, daß davon vier Fünftel in die Erhaltung der Museen, Bundestheater und Kulturgüter fließe und nur ein knappes Fünftel aktives Kulturbudget sei. Außerdem wünschte sich die ÖVP ein kulturfreundlicheres Klima und eine breitere Akzeptanz der Kulturschaffenden in der Öffentlichkeit. Was mit

dem, von allen Politikern als knapp bedauerten Kulturbudget konkret und prioritär, weil strukturell steuernd und folgerichtig wirksam finanziert werden soll, konnte mir mangels parteiintern diskutierter Grundsatzpositionen zur Kultur niemand der Angesprochenen beantworten.

Grundhaltungen, auch die von Parteien, werden vor allem durch die Summe von Einzelentscheidungen deutlich - Kulturlippenbekenntnisse (wie die in der Regierungserklärung: Förderung der kreativen Bildung) der kaum greifbaren Dimension, „no na net“ fürs Schöne, Wahre und Gute zu sein, helfen da wenig. Konkreter wäre es schon, gerade dann in den diversen Ausschüssen vehement gegen die immer wieder drohende Kürzung der kulturtragenden und musischen Fächer in der Schule oder gegen die Abmagerung der kulturwissenschaftlichen Studien an den Hochschulen aufzutreten.

Maßnahmen, die viel bewirkten, ohne viel zu kosten, außer planvolles Agieren gegen die Maxime: Zuerst das Fresken, dann die Kultur.

Klare Konzepte wären gefragt, der Staat kann hier vor allem in „knappen Zeiten“ nicht ganz aus seiner Verantwortung entlassen werden. Der Staat hat nicht in der Manier barocken Mäzenatentums darüber zu befinden, was Kunst ist und was nicht, er hat für Rahmenbedingungen zu sorgen, die es Kulturschaffenden möglich machen, Kultur zu entwickeln.

In Ermangelung gerade solcher, allgemein akzeptierter Rahmenbedingungen sorgt ein kunstsinniger Minister für das kulturelle Profil Österreichs weit mehr, als es all denen lieb ist, die so wie jemand in dieser Veranstaltung bedauern, daß nur mehr Japaner „unser Neujahrskonzert“ spielen.

Mag. M. Herbst  
(Institut für Werkerziehung,  
Akademie der bildenden Künste, Wien)

# 96 / 2

**BUKO** **INFO**

P.b.b.  
Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt 1090 Wie